

# nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE  
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

2

VII. Jahrgang

edrichshafen, 1. Februar 1967

Einzelpreis 0,75 DM

25 21 39

**D**ie Normalisierung der Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern als Beitrag zur Entspannung ist eine der Forderungen der Gewerkschaften an die bundesdeutsche Außenpolitik. Nur sehr vorsichtig heißt es jedoch in der Regierungserklärung Kiesingers, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen „mit dem einen oder anderen Land Osteuropas für wünschenswert“ gehalten werde. Inzwischen ist der Austausch von Botschaftern mit Rumänien beschlossen; in Prag und Budapest wurden Vorbesprechungen mit dem gleichen Ziel geführt. Ob es sich bei dieser diplomatischen Aktivität der Regierung Kiesinger/Brandt um die Ansätze einer realen Ostpolitik handelt, wird sich noch erweisen müssen. Es ist die Begleitmusik, die Zurückhaltung fordert, denn die Absicht der Bundesregierung, ihre neue Ostpolitik egoistischen Zwecken zu unterwerfen, ist allzu deutlich. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien und anderen osteuropäischen Staaten soll, nach dem Wunsch Bonns, den sozialistischen Block sprengen und die Mitglieder des Warschauer Paktes — wie es offiziell heißt — „aus der sowjetischen Interessensphäre lösen“ und nicht zuletzt die DDR von ihren Freunden isolieren.

Daß diese zweckgebundene Ostpolitik bei den Sowjets keine Gegenliebe findet, kann nicht überraschen. Entspannung ist also von dieser Politik kaum zu erwarten, im Gegenteil: Das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion, von dem so außerordentlich viel in bezug auf den Frieden in Europa abhängt, hat sich in den letzten Wochen eher noch verschlechtert.

Entspannungspolitik, die von allen osteuropäischen Ländern honoriert werden will, muß, wenn sie ehrlich

## Ostpolitik mit Widerhaken

gemeint ist, die Normalisierung der Beziehungen zum anderen deutschen Staat einschließen. Die Mitglieder des Warschauer Paktes haben dazu im vergangenen Jahr konkrete Vorschläge gemacht: Anerkennung der nach 1945 entstandenen Grenzen und die Respektierung der DDR, Verzicht auf Besitz an oder Verfügungsgewalt über Atomwaffen und die Aufgabe der Hallstein-Doktrin. Den bundesdeutschen Unterhändlern ist während ihrer Verhandlungen mit den osteuropäischen Regierungen klargemacht worden, daß die Anknüpfung diplomatischer Beziehungen die Anpassung der Bundesrepublik an die politischen Realitäten voraussetzt — zumindest insoweit, als die Beziehungen zwischen ihren Ländern und der DDR nicht gestört werden dürfen.

Bei aller bedenklichen Begleitmusik hat der Austausch von Botschaftern mit Rumänien und vielleicht später mit dem einen oder dem anderen osteuropäischen Staat doch etwas Positives, und sei es auch nur im Hinblick auf die in der Politik wirkende „normative Kraft des Faklichen“. Das heißt, im Laufe der Entwicklung wird von der Hallstein-Doktrin ebenso wie von dem „Alleinvertretungsanspruch“ nichts mehr bleiben als die Deklamation ohne realen Wert. Eines ist sicher, Bonner Ostpolitik auf Kosten der DDR wird nicht zum Zuge kommen. Je schneller die Bundesregierung darauf verzichtet, unter dem Deckmantel einer „neuen“ Ostpolitik die Länder des sozialistischen Lagers gegeneinander auszuspielen, um so kreditwürdiger wird sie sein.

■ Stabilisierung zu Lasten der Arbeiter ...	2
Keine „Leitlinie“ beim Etat ...	6
„Konzertierte Aktion“ gegen Arbeitnehmer .....	7
■ Ostkontakte:	
■ Vom Unwert eines Tabus .	8
IG Chemie war nicht gewappnet	10
Gutachter und Lohnpolitik ....	12
■ Was wird	
■ mit den Arbeitslosen? ....	13
Warum Rentendynamik? .....	17

## WIE EH UND JE

Nun haben wir die beste CDU-Regierung, die es je gab: angereichert mit sozialdemokratischen Ministern wie Schiller, Wehner und Leber, die schon lange immer dasselbe wollten wie die CDU — nur „besser“.

So hat denn der Regierungschef Kiesinger seinen Koalitionspartnern kürzlich vor der Presse ein kräftiges Lob ausgesprochen: „Gewisse Befürchtungen, die ich anfangs hatte, haben sich nicht erfüllt. Von ganz kleinen Unfällen abgesehen, leistet die Große Koalition ausgezeichnete Arbeit.“ — Siehe den sozialreaktionären Etatausgleich!

Die Befürchtung, die Kiesinger „anfangs“ hatte, war offenbar die, daß die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder vor der Koalitionsbildung verkündeten Grundsätzen treu bleiben könnten. Aber umsonst gefürchtet. Und der ganz kleine Unfall des SPD-Wohnungsministers Lauritzén, der etwas außerhalb vom CDU-Gängelband verkündete, mehr Sozialwohnungen bauen und die weißen Kreise auf die lange Bank schieben zu wollen, wurde ja mit einem ebenso kleinen Drohbrief Kiesingers an Lauritzén wieder geheilt.

Nach drei Monaten Großer Koalition hat die Bonner Politik ihr Prädikat schon verdient: sozialreaktionär wie eh und je, nur schillert's jetzt oben-drein. okolus

# Stabilisierung zu Lasten der Arbeiter

## Anreiz für Unternehmer - Lohnabbau für Arbeitnehmer

### Zur Haushalt- und Wirtschaftspolitik der Großen Koalition

Die Vorschläge der Bundesregierung zum Ausgleich des Haushaltes 1967 sind bezeichnend für den Weg, den die Große Koalition in der Finanz-, Wirtschafts- und Steuerpolitik einschlagen will. Sie hat sich für die „bewährte Politik der CDU/CSU“ entschieden, das heißt für eine weitere Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger zum Vorteil jener zahlenmäßig verschwindend kleinen Schicht, die im Besitz der wirtschaftlichen Macht ist und vom Bestehen der Bundesrepublik an den Rahm des „Wirtschaftswunders“ abgeschöpft hat. Es ist offensichtlich, daß die Arbeiter und Angestellten die Zeche für die verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik seit Adenauer und Erhard zahlen sollen.

Dabei kann von einem Sparhaushalt ebensowenig die Rede sein wie bei den Entwürfen in den vorhergegangenen Jahren. Im Gegenteil sollen rund 4,3 Milliarden DM, das sind 6 Prozent, gegenüber dem Vorjahr mehr ausgegeben werden — nicht weniger. Dazu kommt, daß der Haushalt 1966 noch im Dezember um eine Milliarde aufgestockt wurde, um die von Erhard und Hassel leichtfertig eingegangenen Devisenverpflichtungen gegenüber den USA zu erfüllen. Die neuen Vorschläge der Bundesregierung sind eine zweite Korrektur des noch von der Regierung Erhard vorgelegten Haushaltes 1967. Schon die erste Änderung brachte bekanntlich eine Etaterhöhung von einer Milliarde DM über die Verbrauchssteuer, die immer zu Lasten der breiten Masse der Bevölkerung geht.

Freuen können sich über die Vorschläge der Regierung Kiesinger vornehmlich die Unternehmer. Sie erhalten durch Sonderabschreibungen (durch Rechtsverordnung des Bundesfinanzministers) für neun Monate eine Erhöhung der Abschreibungssätze von 10 Prozent für bewegliche Investitionsgüter und von 5 Prozent für unbewegliche Neuanlagen und durch die Aussicht auf öffentliche Aufträge die Sicherheit, daß sie an ihren Gewinnen keine Abstriche zu machen brauchen.

Dazu verhilft ihnen nicht zuletzt auch die vom Wirtschaftsminister Schiller mit Nachdruck geforderte „konzertierte Aktion“, mit der beabsichtigt ist, die Tarifpolitik der Gewerkschaften an die kurze Leine zu nehmen. Praktisch sollen die Gewerkschaften — wie übrigens ebenso durch die Lohnleitlinien und Orientierungspunkte — dazu gezwungen werden, auf Lohnerhöhungen zu verzichten oder sie zumindest so niedrig zu halten, daß sie kaum dazu ausreichen werden, die anhaltenden Preiserhöhungen auszugleichen. Damit hätten die Unternehmer das erreicht, worauf sie seit Jahren zusteuern, nämlich einen praktischen Lohnstop — wirtschaftspolitisch das Verhängnisvollste, was zur Zeit gibt, denn es käme jetzt vielmehr darauf an, der Wirtschaft über eine Erhöhung der Kaufkraft neue Impulse zu geben.

Der vom Wirtschaftsminister Schiller angekündigte und von der Presse mit viel Vorschublärbeeren bedachte „Eventualhaushalt“ in Höhe von 2,5 Milliarden DM, der ein Programm „kontrollierter Expansion“ einleiten soll, berechtigt keineswegs zu hohen Erwartungen. Es wäre auch viel eher möglich, durch eine entsprechende Verringerung des Rüstungsetsatzes die wirtschaftliche Stagnation aufzuhalten und das Haushaltssdefizit auszugleichen. Aber die Tatsache, daß die Bundesregierung, abgesehen von einer lächerlich geringen Summe, den Rüstungsetsatz unangetastet lassen will, zeigt, daß es ihr keineswegs ernst mit der Stabilisierung unserer Wirtschaft ist. Sie versucht, die Bevölkerung zu belasten, um unter allen Umständen eine grundlegende Revision ihrer Rüstungspolitik zu vermeiden. Bundeskanzler Kiesinger hat schon in seiner Regierungserklärung gesagt, daß für ihn der Rüstungshaushalt keine Reservekasse für die Haushaltssünden früherer Jahre sei. Mit Recht hat Otto Brenner in einem Artikel darauf hingewiesen, daß noch weniger die Sozialversicherungen der Arbeitnehmer als Reservekasse angesehen werden dürfen.

Für die Arbeitnehmer wie auch für die Gewerkschaften ist die Frage erstrangig, ob durch die Sonderabschreibungen und durch Aufträge aus dem Eventualhaushalt die Arbeitslosigkeit, die rapide anwächst — allein in den ersten 14 Tagen des Monats Januar ist die Zahl um 200 000 angestiegen — gestoppt und ein konjunktureller Aufschwung eingeleitet werden kann.

Aber es sieht nicht so aus, als würde sich durch die konjunkturpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung die Wirtschaftslage festigen. Vielmehr besteht die Gefahr, daß bei wachsender Industriekapazität weitere Arbeitskräfte frei werden, selbst dann, wenn die Produktion tatsächlich wieder ansteigen sollte. Die Unternehmer haben auch gegenwärtig gar kein Interesse daran, die Arbeitslosigkeit zu verringern.

Als die Vertreter der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände am 17. Januar mit Wirtschaftsminister Schiller sprachen, machten sie,

wie die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete, Vorbchalte geltend gegen jede energische Umkehr des Konjunkturtrends. Sie äußerten ein lebhaftes Interesse an einer nachhaltig wirkenden „Entspannung“ auf dem Arbeitsmarkt, und sie haben zweifellos die Absicht, die für sie günstige Situation auszunutzen, um die Lohnkosten zu drücken. Zusammen mit dem auf dem Weltmarkt sinkenden Rohstoffpreisen bedeutet dies ein sicheres Ansteigen ihrer Gewinnchancen, während die Gefahr, daß der in gewerkschaftlichen Kämpfen erreichte Lebensstandard der Lohn- und Gehaltsempfänger absinkt, immer größer wird.

Es kann nicht überschen werden, daß durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit bei den Arbeitnehmern Einkommensverluste eingetreten sind, die weitaus höher liegen als jene Beträge, die Wirtschaftsminister Schiller in seinem Eventualhaushalt bereithält, um neue Wirtschaftsimpulse auslösen zu können. Für die Unternehmer besteht auch kein besonderer Anreiz, jetzt unmittelbar umfangreiche Investitionen vorzunehmen, denn sie sind in der Lage, auch für die 1968 vorgesehenen Investitionen Sonderabschreibungen in Anspruch zu nehmen, wenn sie im September die Verkaufsabschlüsse tätigen. Das aber wird sich auf die Produktion erst im Laufe des Jahres 1968 auswirken.

Es ist also eine völlig unbewiesene Behauptung Prof. Schillers, daß die vorgesehenen Konjunkturmaßnahmen über den Eventualhaushalt sofort greifbare Erfolge zeitigen würden. Schließlich muß auch die Frage aufgeworfen werden, ob es bei dem hohen technischen Stand der westdeutschen Wirtschaft zur Konjunkturanregung primär auf eine Förderung der Investitionstätigkeit ankommt oder nicht eher auf eine Steigerung der Kaufkraft, um die Kapazität der Wirtschaft optimal nutzen zu können.

In der Regierungserklärung Kiesingers wird gesagt, daß die Bundesregierung eine fühlbare Senkung des Diskontsatzes und entsprechende Erleichterungen für den Geld- und Kapitalmarkt begrüßen würde. In der Praxis aber belasten die Regierungsmaßnahmen den Kapitalmarkt heute und die Haushalte von morgen. Der Schillersche Eventualhaushalt in der Höhe von 2,5 Milliarden DM soll nämlich über kurz- und mittelfristige Kredite finanziert werden. Dazu kommt, daß die Kürzung der Zuschüsse für die Rentenversicherung mit 300 Millionen DM ebenfalls auf den Kapitalmarkt einwirkt. Allein die Landesversicherungsanstalt der Rheinprovinz wird im Jahre 1967 über 340 Millionen ihres festangelegten Vermögens auflösen müssen, um überhaupt Zahlungsfähig zu bleiben. Der größte Teil davon wird dem Wertpapiermarkt entzogen. Aber auch die 120 Millionen DM, um die der Berlin-Zuschuß gekürzt wird, sollen bekanntlich über den Kapital-

## Keine Schonzeit

Es ist eine demokratische Spielregel, jeder neuen Regierung zunächst einmal eine gewisse Bewährungsfrist zu geben. Diese Schonfrist ist nicht nur ein Zugeständnis an den verantwortlich Handelnden, um eine Zeit zum Einarbeiten in die Arbeitsfülle zu gewähren, sondern auch der Kritiker braucht etwas Abstand, um sich auf die neue Lage einzustellen, um neue Erscheinungen mit den ihnen angemessenen Maßstäben analysieren und bewerten zu können.

Die Problematik einer Schonzeit für die Große Koalition in Bonn liegt jedoch in der Frage, ob solche fairen Spielregeln auch dort angewendet werden können, wo sie der Gegenspieler von Anfang an verletzt.

Würde die Große Koalition, um es konkret zu sagen, uneingeschränkt das

markt aufgebracht werden. Das heißt aber, daß diese Mittel ebenfalls nicht mehr für andere produktive Investitionen eingesetzt werden können.

Bei den von dem Gespann Strauß/Schiller ausgekobelten wirtschaftlichen Maßnahmen zum Ausgleich des Haushaltes 1967 und zur Ankurbelung der Wirtschaft handelt es sich um sehr fragwürdige Praktiken, die sich zum Teil gegenseitig aufheben und teilweise in entgegengesetzter Richtung wirken. Die Gewerkschaften haben vor allen Dingen von dem Sozialdemokraten Schiller etwas anderes erwartet, und Otto Brenner hat keineswegs unrecht mit seiner Bemerkung: „Die hohe Intelligenz, die sich im Bundeswirtschaftsministerium konzentriert, sollte imstande sein, ein besseres Programm hervorzu bringen“.

Es wäre nicht richtig, wenn die Gewerkschaften dieser Entwicklung ruhig zuschauen würden, etwa mit dem Argument, man müsse der neuen Regierung zunächst eine Chance geben. Sie hat ihre Chancen schon vertan. Vielmehr kommt es darauf an, die im Grundsatzprogramm und im Aktionsprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes enthaltenen wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen zur Grundlage des Kampfes für eine bessere und gerechtere Wirtschafts- und Sozialordnung zu machen. Denn ein Wirtschaftssystem, das bei einem technisch hohen Stand des Produktionsapparates und eines überdurchschnittlichen Exportüberschusses nicht in der Lage ist, den Lohn- und Gehaltsempfängern Arbeit und soziale Sicherheit zu bieten, verdient nicht, auf Kosten der arbeitenden Menschen „stabilisiert“ zu werden. H. Seeger

Grundgesetz und seine verfassungsrechtlichen Normen für das demokratische Zusammenleben ohne Vorbehalte respektieren, wäre ihr eine Schonzeit zuzulassen.

Von Anfang an ließ Bundeskanzler Kiesinger deutlich erkennen, daß der Großen Koalition die Fünf-Prozent-Klausel und die staatliche Finanzierung der im Bundestag vertretenen Parteien als Privilegien zur Sicherung ihrer Machtansprüche nicht ausreichen. Er verlangte eine Wahlrechtsreform, die alle anderen Parteien von den Schaltthebeln der Politik fernhalten und die eigene Position zementieren soll.

Die Große Koalition, so ließ der neue Kanzler verlauten, halte 84 Grundgesetzmänderungen für erforderlich. Kein SPD-Minister widersprach. Dabei handelte es sich keineswegs um zwangsläufig gebotene Anpassungen an veränderte Umstände, sondern vielmehr um einen Staatsstreich von oben mit dem Ziel, eine Notstandsdiktatur zu stabilisieren.

Wenn das die Konzeption ist, dann sind die Demokraten und die Verteidiger eines uneingeschränkten und unangetasteten Grundgesetzes durch Welten von der Großen Koalition und ihren Zielen getrennt. Es gibt keinen gemeinsamen Nenner zwischen den Verteidigern des Grundgesetzes und den Anhängern einer Notstandsdiktatur. Wenn aber keine Gemeinsamkeit im Grundsatz besteht, kann die eingangs genannte Spielregel nicht gelten. Vertrauensvorschuß und Zeitgewinn für jene, die der Demokratie an die Kehle wollen — das wäre Selbstmord. L. K.

## SCHLUSS MIT AUSROTTUNG

Der grausame und unmenschliche Krieg der Amerikaner in Vietnam geht unverändert weiter. Inzwischen haben die USA ihre Truppenstärke auf über 400 000 Mann erhöht. Trotzdem rechnet das Pentagon nicht mit einem „Sieg der Amerikaner“ in der nächsten Zeit.

Daß mit der Eskalation auch die Grausamkeit von Tag zu Tag steigt, mit der die Militärmaschinerie der USA ihren Krieg gegen ein kleines, industriell unentwickeltes Volk führt, das geht aus der Tatsache hervor, daß die Amerikaner in der sogenannten Kriegszone „D“, dem eisernen Dreieck, in unmittelbarer Nähe von Saigon die Taktik der verbrannten Erde anwenden. Nach den Aussagen eines Militärsprechers in Saigon haben amerikanische Bombenflugzeuge damit begonnen, die Vegetation ganzer Landstriche zu vernichten. Dabei wachsen die Opfer unter der Zivilbevölkerung durch den wahllosen Abwurf von Brandbomben von Tag zu Tag, ohne daß dadurch das südvietnamesische

Volk in die Knie gezwungen werden kann. Im amerikanischen Senat bezeichnete ein Sprecher den Krieg in Vietnam als eine moderne Form des Ausrottungskrieges der Weißen gegen die Indianer Nordamerikas.

Der Vietnamkrieg hat dem amerikanischen Volk für das neue Haushaltsjahr ein Rüstungsbudget aufgezwungen, das nur noch von dem Ansatz in den letzten beiden Jahren des zweiten Weltkrieges übertrroffen worden ist. Bei einer Gesamtverteidigungsausgabe in der Höhe von 77,5 Milliarden Dollar, das sind 302 Milliarden DM und 55 Prozent des gesamten Staatshaushaltes, sind allein die Kosten für den Vietnamkrieg auf über 22 Milliarden Dollar angestiegen.

In Vietnam zeigen sich die Grenzen der amerikanischen Macht. Aber diese Feststellung genügt nicht. Wir sind immer wieder aufgefordert, alles zu tun, um diesem grausamen Krieg ein Ende zu bereiten. Zur Zeit gibt es lebhafte Diskussionen im Deutschen Gewerkschaftsbund um die Gestaltung der Feiern zum 1. Mai. Gewiß ist darüber noch einiges zu sagen. Auf jeden Fall aber sollte die Mai-Forderung des Jahres 1967 zu einer leidenschaftlichen Anklage gegen die unmenschliche Aggression der Amerikaner in Vietnam werden. Je entschiedener sich die Weltöffentlichkeit und besonders die Gewerkschaften, für den Frieden in Vietnam engagieren, um so eher muß der Krieg beendet werden.

## DGB WILL KOORDINIEREN

Mitte Januar ist in Düsseldorf zum ersten Mal eine Kommission zusammengetreten, die Vorschläge für eine vorausschauende und koordinierte Tarifpolitik der im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften erarbeiten soll. Neben den Leitern der Abteilungen Wirtschaft und Lohnpolitik des DGB-Bundesvorstandes, Wilhelm Haferkamp und Bernhard Tacke, gehören der Kommission sieben Tarifexperten der Einzelgewerkschaften an. Die Bildung dieser Kommission erwies sich als notwendig, weil hinsichtlich der Tarifpolitik in den Einzelgewerkschaften zum Teil sehr unterschiedliche Auffassungen vorhanden sind. Die Kommission soll nun das tarifpolitische Vorgehen der Gewerkschaften untereinander ausgleichen, ohne ihre Selbständigkeit in Frage zu stellen.

Über die Notwendigkeit, die Tarifpolitik der Gewerkschaften im DGB zu koordinieren, gibt es keine Zweifel. Die Versuche, die tarifpolitischen Meinungen und Vorstellungen innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes aufeinander abzustimmen, sind aber leider bisher ohne Erfolg geblieben. Um so mehr ist der Arbeit dieser Kommission ein positives Resultat zu wünschen.

In einer Forumsdiskussion in Bonn, der über 2000 Gewerkschafter aus allen Teilen der Bundesrepublik bewohnten, begrüßten Sprecher des DGB-Bundesvorstandes sowie der IG Metall und IG Chemie-Papier-Keramik die unverändert ablehnende Haltung zu den Notstandsplänen der Regierung. Die Sprecher der Regierungsparteien, insbesondere der Sozialdemokrat Helmut Schmidt, bemühten sich unter den Missfallensäußerungen der Zuhörer vergeblich, die Notstandsgesetze zu rechtfertigen.

Werner Vitt als Sprecher der IG Chemie erklärte, nach Überzeugung der Gewerkschaften dienten die Gesetzespläne der psychologischen Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens und der Schaffung „paramilitärischer Zustände in den Betrieben“. Professor Ridder warnte die Bundestagsabgeordneten und die Partei davor, eine Diktaturverfassung zu schaffen, die der mißbräuchlichen Anwendung Tür und Tor öffne. Der DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg trug die Bedenken des Deutschen Gewerkschaftsbundes gegen die Bestrebungen zur Schaffung einer Notstandsverfassung vor.

#### FRAGLICHE ZUSTÄNDIGKEIT

Auf einem Vortragsabend in Hamburg sprach Mitte Januar das Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Chemie-Papier-Keramik, Werner Vitt, zum Thema „Gewerkschaften und Notstandsgesetze“. Vitt vertrat die Auffassung, daß die Gewerkschaften noch wesentlich mehr Aufklärungsarbeit unter der Mitgliedschaft und der gesamten Bevölkerung über Inhalt und Auswirkungen der Notstandsgesetzgebung leisten müssen. Wie ungenügend diese Aufklärung bisher sei, gehe daraus hervor, daß im Organisationsbereich der IG Chemie-Papier-Keramik nur etwa 11 Prozent der Gewerkschafter „annähernd“ wüßten, worum es bei den Notstandsplänen der Bundesregierung gehe. Das jedenfalls habe eine Repräsentativumfrage ermittelt.

Werner Vitt warf in seinem Vortrag einen neuen Gesichtspunkt in die Debatte um die Notstandsverfassung: Ist der Bundestag überhaupt berechtigt, das Grundgesetz in dem vorgesehenen Umfang zu ändern? Angesichts der Tatsache, so meinte Vitt, daß insgesamt 84 Grundgesetzartikel durch die geplante Notstandsgesetzgebung aufgehoben bzw. geändert würden, könne man schon nicht mehr nur von „Ergänzungen“ oder „Änderungen“ sprechen; vielmehr gehe es hierbei um die demokratische Konstitution der Bundesrepublik überhaupt.

Da das Grundgesetz, sollte es in der vorgesehenen Weise verändert werden, danach nicht mehr dasselbe sei, müsse die Frage gestellt werden, ob nicht

der Bundestag seine Kompetenz überschreite. Der Parlamentarische Rat habe seinerzeit als Schöpfer des Grundgesetzes ausdrücklich und mit guten Gründen, wie in den Protokollen nachzulesen sei, die Einfügung von Notstandsparagraphen des jetzt angestrebten Charakters abgelehnt. Der Bundestag, also ein ganz anderes Gremium, könne jetzt nicht einfach das Grundgesetz in einem Sinne verändern, den der Parlamentarische Rat ausdrücklich abgelehnt hatte.

Werner Vitt gab in dem Vortrag seiner Meinung Ausdruck, die Gewerkschaften müßten in zunehmendem Umfang auch die politischen Interessen der Arbeitnehmer vertreten und zur Geltung bringen. Diese Notwendigkeit werde im Zeichen der Großen Koalition immer offenerbarer. -ie-

## Falsche Optik

In Schreiben an die Bundestagsfraktionen, die Bundesregierung, den Bundesrat und die Länderregierungen hat der Deutsche Gewerkschaftsbund gefordert, „allen links- und rechtsradikalen Bestrebungen entgegenzutreten, welche die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik gefährden können“. Der DGB sieht eine Gefährdung der Demokratie in dem unbehinderten Wirken der NPD und solcher chauvinistischer Publikationen wie die „National- und Soldatenzeitung“. Bundestag und Bundesregierung sollten, wie der DGB erklärt, geeignete Schritte unternehmen, um die Verfassungswidrigkeit der NPD feststellen zu lassen.

Diese Initiative des DGB entspricht den Beschlüssen des 7. DGB-Bundeskongresses, in denen die Delegierten das Verbot der neofaschistischen NPD gefordert hatten und feststellten, daß die Zugehörigkeit zu dieser Partei mit gleichzeitiger Gewerkschaftsmitgliedschaft unvereinbar sei. Seitdem sind aus den Gewerkschaften mehrere NPD-Mitglieder ausgeschlossen worden. So erklärte der Vorsitzende der Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Buschmann, im Januar, seine Organisation habe bisher vier NPD-Leute ausgeschlossen.

Man muß sich jedoch fragen, was der DGB mit der Standardformulierung „links- und rechtsradikale Bestrebungen“ bezeichnen will, wenn er eindeutig die Neonazis meint? Werden da nicht wider besseres Wissen, wider die geschichtlichen Erfahrungen in Deutschland „links“ und „rechts“ in einen Topf geworfen? Es ist doch wirklich nicht angebracht, jeden Hieb nach rechts mit einem Hieb nach links zu kompensieren. DGB-Funktionäre haben doch keinen Grund, sich nach rechts zu entschuldigen!

Ebenso sollte es sich herumgesprochen haben, daß die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik, die der DGB und seine Gewerkschaften verteidigen und um derentwillen die Gewerkschafter die neofaschistischen Tendenzen so kampflos bekämpfen, nicht von „links“ bedroht ist. Dort stehen vielmehr die Verbündeten der Gewerkschaften. Das sollte der DGB besser berücksichtigen, um von einer falschen Optik loszukommen.

Wenn es, neben der wieder auflebenden Rechten, den Faschisten, in der Bundesrepublik eine Gefahr für den Bestand der demokratischen Grundordnung gibt, dann kommt sie von den Einpeitschern der Notstandsgesetzgebung. Und diese ordnen sich ja gern der „Mitte“ zu. Man sollte also künftig bei allen lobenswerten Initiativen zur Sicherung der Demokratie genauer zwischen Freund und Feind differenzieren und auch hier einige Klischeevorstellungen abbauen.

# Unsozialer Haushalt ausgleich

## Gewerkschaftsproteste vorhinderten Beitragserhöhungen Streichung von Kriegsbeschädigtenrenten abgewehrt

Offensichtlich unter dem Eindruck der Proteste der Gewerkschaften und Kriegsoperverbände hat die Regierung Kiesinger ihre Absicht, die Rentenversicherungsbeiträge ab 1. Juli zu erhöhen und die Renten für die 30 und 40 Prozent Kriegsbeschädigten zu streichen, fallengelassen. Ob für immer, das weiß niemand. Doch zweifellos wurde durch das Hochspielen der sozialreaktionären Pläne und des teilweisen Verzichtes auf jene Vorhaben einer geschickten Propaganda Vorschub geleistet, mit der dem Volke suggeriert wurde: So unsozial kann die Regierung Kiesinger nicht sein, denn es ist ja nun doch nicht so schlimm geworden.

Dabei ist aber das, was die Koalitionsregierung zum Haushalt ausgleich beschlossen hat, im Zusammenhang mit den schon vorher getroffenen Maßnahmen (siehe „Stabilität auf Kosten der Arbeiter“, NACHRICHTEN 1/67) schlimm genug: Die Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung werden um 300 Millionen DM gekürzt, die 1965 als Wahlgeschenk von der Erhard-Regierung beschlossene Ausbildungszulage (Pennälergeld) ist ganz dem Rotstift zum Opfer gefallen, ohne daß es dafür Ersatz in Gestalt einer sinnvollen sozialen Bildungsförderung gibt, ganz abgesehen von den umfangreichen Kürzungen der Etats für Landwirtschafts-, Familien- und Wohnungsbauministerium mit erheblichen sozialen Auswirkungen, so u. a. in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung.

Niemand sollte sich der Hoffnung hingeben, daß mit dem Griff der Bundesregierung nach dem Geldbeutel des kleinen Mannes und mit der Attacke auf die sozialen Rechte und Ansprüche der Arbeiter und Angestellten schon alles ausgestanden sei. Bei den jetzt beschlossenen Maßnahmen zur Überwindung des Haushaltsdefizits ist die Regierung von einer Finanzlücke von 3,7 Milliarden DM und einem Wachstum des Sozialproduktes von 5 Prozent ausgegangen. Es ist heute schon klar, daß diese Zahlen nicht stimmen. Jede Verminderung des Zuwachses des Sozialproduktes und jede Korrektur des Defizits nach oben vergrößert die Spanne zwischen Einnahmen und Ausgaben und erfordert neue Belastungen zur Deckung der Finanzlücke. Zudem ist die Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge nur bis zum 1. Januar nächsten Jahres aufgeschoben, und auch das Stabilisierungsgesetz steht noch im Programm der Großen Koalition, mit dem allein der

Renten- und Arbeitslosenversicherung mehr als 4 Milliarden DM entzogen werden sollen.

Mit allen Kräften versuchen die Unternehmerverbände und ihre Vertreter in den Parlamenten die Stunde zu nutzen, um die begonnenen sozialen Demontagen weiter zu betreiben. So forderte der Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, Professor Balke, nicht nur die Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung, sondern auch die Beteiligung der Rentner an den „Lasten der Zukunft in angemessenem Umfang“. Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Sozialexperte Stingl erklärte vor der „Gesellschaft für sozialen Fortschritt“, wer monatlich 500 DM Rente beziehe, könne auch zur Deckung der Kosten bei Krankheit herangezogen werden. Die gleiche Auffassung hat übrigens auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Killat geäußert.

Bundestagsabgeordnete, deren Diäten 3500 bis 4000 DM im Monat betragen, haben kein Recht, darüber zu urteilen, was einem Rentner mit 350 bis 500 DM Monatsrente zugemutet werden kann. Denn keiner dieser Abgeordneten hat bisher einen ernsthaften Vorstoß unternommen, um die Besteuerung der hohen Gewinne und Vermögen den Sätzen anzugeleichen, die in anderen westlichen Ländern üblich sind oder die überhöhten Rüstungskosten in unserem Lande abzubauen. Es bedarf der ganzen Entschlossenheit der Gewerkschaften und Sozialverbände, den Kurs der sozialen Demontagen zu stoppen. A. B.

## Eine makabre Erinnerung

Im „Industriekurier“ wird aus Anlaß des Konjunkturrückgangs und der Feststellung des DGB, die augenblickliche Lage am Arbeitsmarkt werde von den Unternehmern mit großer Genugtuung registriert und sei bewußt herbeigeführt worden, eine Erinnerung wachgerufen: die Erinnerung an die Krise der dreißiger Jahre. Damals hatte Paul Reusch im Geschäftsbericht der Gutchoftungshütte für das Jahr 1929/30 folgenden Wunsch ausgesprochen:

„Wie wollen hoffen, daß die innerpolitische Entwicklung doch noch eines Tages diejenige Einigkeit aller nicht-wirtschaftsfeindlichen Kräfte unseres

Volkes bringen möge, die nötig ist, um hinter die Gesundungspläne endlich die politische Macht zu setzen, die allein ihre Durchführung gewährleistet.“

Der „Industriekurier“, der dieses Zitat in die Erinnerung zurückruft, kommentiert es in folgender Weise: „Die Hoffnung auf den politischen Willen, die Gesundungspläne durchzusetzen, die Paul Reusch an seine Warnung geknüpft hat, ging damals nicht in Erfüllung. Die Folgen sind bekannt.“ Da hier nicht Unkenntnis über die geschichtlichen Vorgänge gewaltet ha-

Besser informiert

durch

## NACHRICHTEN

ben kann, sind Zitat und Kommentar eine Verdrehung geschichtlicher Tatbestände. Genau die politische Macht, die Paul Reusch meinte, wurde mit Hilfe der Wirtschaft installiert. Sie beherrschte Deutschland 12 Jahre. Die Folgen sind durchaus bekannt. Wir leiden heute noch daran.

Aber diese Verdrehung hat eine aktuelle Spitz. Der „Industriekurier“ ruft den Vorsitzenden der IG Metall, Otto Brenner, zum Zeugen auf. Er könne als Aufsichtsratsmitglied des VW-Werkes die Öffentlichkeit jederzeit objektiv über die Ursachen unterrichten, die zu Kurzarbeit oder unerwünschten Arbeitsunterbrechungen zwingen. Das hat Brenner längst getan, als er gegen die Restriktion der Bundesbank protestierte. Wenn aber an die Vergangenheit erinnert wird, um daraus politisches Falschgeld zu schlagen, dann muß nach dem Zweck auch da gibt es eine historische Parallele.

Damals wie heute riefen bestimmte Leute nach dem starken Mann. Er soll die Kosten der Sozialpolitik des Staates vermindern und die Lohnkosten in der Wirtschaft drücken. Als Ersatz für die zunächst noch nicht installierte politische Macht fungierte bis April 1930 der berüchtigte Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der damals bereits den Kommunen den Geldhahn zudrehte. Eine durchaus nicht wirtschaftsfeindliche Reichsregierung senkte die Lohnkosten — und die öffentlichen Personalausgaben — mittels Notverordnungen nach Artikel 48 der Weimarer Verfassung. Sogar Gewerkschaften erklärten sich, zwecks Senkung der Lohnkosten in der Produktion, zu Lohn- und Gehaltsabbau bereit. Das hat dann, wegen nachlassender Nachfrage nach Konsum- und Verbrauchsgütern, das Arbeitslosenheer noch vermehrt.

# Keine „Leitlinie“ beim Bundesetat

## Otto Brenner vermißt Verringerung der Rüstungsausgaben Bezahlen muß der „kleine Mann“, trotz Großer Koalition

Der Bundesetat 1967 ist „ausgeglichen“, wie es nach der Roßkur, die die Regierung Kiesinger/Brandt an der Bevölkerung vorgenommen hat, so schön heißt. Ist er es wirklich? Es deutet alles darauf hin, als habe man die Dinge lediglich optisch ins Lot bringen können, denn die politischen Ursachen für die Bonner Finanzmisere wirken weiter. Auch die Minister der Großen Koalition haben sie bislang nicht angepackt.

Eine dieser Ursachen nannte der IG-Metall-Vorsitzende Brenner am 22. Januar auf einer Veranstaltung seiner Gewerkschaft in Bonn: Es sei sichtbar geworden, so sagte Brenner, daß die Bundesregierung der Bevölkerung auf die verschiedenste Weise Lasten auferlegen wolle, um unter allen Umständen eine grundlegende Revision ihrer Rüstungspolitik zu vermeiden. Die zunehmende Entspannung lege eine kritische Prüfung der Rüstungspolitik aus der Zeit des kalten Krieges nahe. Nichts hätte den Friedenswillen der neuen Regierung eindrucksvoller dokumentieren können, folgerte Brenner weiter, als eine nachhaltige Verringerung der Rüstungsausgaben.

Offensichtlich ist die außenpolitische Konzeption dieser Regierung, im Gegensatz zum gedruckten Wort der Regierungserklärung Kiesingers, nicht so sehr auf Entspannung ausgerichtet, denn der Rüstungsetat wurde nicht nur nicht gekürzt, sondern gegenüber 1966 um mehr als eine Milliarde DM erhöht. Die jetzt lauthals publizierte „Kürzung“ um 240 Millionen DM ist ein simpler Trick, denn sie bezieht sich nur auf eine Verminderung der ursprünglich vorgesehenen Steigerung. Ähnlich wurde auch in anderen Ressorts verfahren. Wenn gleichzeitig die weitere Kürzung der Bundeszuschüsse an die Rentenversicherungsträger von 500 auf 300 Millionen DM korrigiert und von der Verschlechterung der Kriegsopfersversorgung Abstand genommen wurde, dann kann man nicht davon sprechen, hier liege ein „Verdienst“ der Großen Koalition vor. Es wäre falsch, sie an dem zu messen, was sie unterließ, vielmehr muß das, was sie getan hat, als Kriterium gelten.

Die Etatsumme beträgt jetzt 74,03 Milliarden DM gegenüber 68,9 Milliarden DM 1966. Die Steigerung macht 7,5 Prozent aus und ist damit alles andere als an wirtschaftspolitischen „Leitlinien“ orientiert, die andererseits jedoch für die Lohnpolitik der Gewerkschaften gelten sollen. Damit ist schon ein schräger Mißton in die „konzentrierte Aktion“ Minister Schillers geraten. Nicht weil es volkswirtschaftlich geboten erscheint, sollen die Arbeitnehmer „kurztreten“ und sich an die Kette von Orientierungsdaten legen lassen, sondern damit der Staat seine auf Großmachtstreben aufgebaute Rü-

stungspolitik und Notstandsvorbereitung nicht revidieren muß.

Es wäre zeitgemäß und vernünftig gewesen, die Deckungslücke von mehr als 4,5 Milliarden DM im Etat für 1967 durch das Ansetzen des Rotstiftes im Verteidigungsetat zu schließen, wie das wiederholt von Gewerkschaftsorganisationen gefordert wurde. Stattdessen wurden wieder einmal die Arbeitnehmer zur Kasse gebeten.

Die Finanzierungslücke soll nun wie folgt geschlossen werden:

■ 2,531 Milliarden DM sollen durch Streichungen in den verschiedenen Ressorts eingespart werden. U.a. beschloß das Kabinett, den Zuschuß zur Rentenversicherung um weitere 300 Millionen DM zu kürzen, die Investitionshilfen für die Landwirtschaft, die Mittel für den Straßenbau und Wohnungsbau zu vermindern, die Bauspardförderung zu reduzieren und die Ausbildungszulagen ganz zu streichen. Ferner wurde im öffentlichen Dienst ein allgemeiner Beförderungs- und Einstellungsstopf verfügt und von der Verbesserung der Beamtenbesoldung Abstand genommen. Wie prekär die Lage ist, geht daraus hervor, daß auch die Entwicklungshilfe, Berlinhilfe und die Kosten für die sogenannte Zivilverteidigung in die Kürzungen einbezogen wurden. Der Verringerung der Mehrausgaben für Rüstung ist indessen nicht mehr als ein Propagandaeffekt beizumessen.

■ 1,146 Milliarden DM sollen durch Abbau von Steuervergünstigungen und Erhöhung des außerordentlichen Haushalts mehr eingenommen werden. So z.B. durch Aufhebung der Steuerbefreiung der auf den Raffinerien verwendeten Mineralöle, durch Erhöhung der Barleistungen der Bundespost an den Haushalt und andere Maßnahmen, die von den betroffenen Wirtschaftsbranchen und Institutionen früher oder später über den Preis wieder weltgemacht werden dürften.

■ Nachdem auf diese Weise 3,677 Milliarden zur Verfügung stehen, soll die verbleibende Lücke bis 4,5 Milliarden, die aus Mindereinnahmen des vergangenen Jahres resultiert, durch Kredite überbrückt werden.

Da auch die Mittel für den außerordentlichen Haushalt in Höhe von 1,282 Milliarden DM auf dem Kapital-

markt aufgebracht werden müssen, läßt sich schon jetzt eine erhebliche Gefährdung des Zinsgefüges vorhersagen. Steigende Zinsen, die sich aus steigender Kapitalnachfrage ergeben, verursachen in allen Wirtschaftsbereichen auch steigende Kosten und damit steigende Preise. Die Formel „stabiles Wachstum“ muß darum mit größter Skepsis betrachtet werden.

Und noch etwas muß zu diesem Haushalt gesagt werden: Er bleibt nur dann in der genannten Weise „ausgeglichen“, wenn in diesem Jahr das Wachstum des Bruttonsozialprodukts 5,1 Prozent oder mehr beträgt. Jedes nicht erzielte Zuwachsprozent bedeutet für die Bundeskasse Mindereinnahmen von 750 Millionen DM. Aber schon heute sind sich die Wirtschaftsinstitute einig, daß die von den Ministern Strauß und Schiller zugrunde gelegte Zuwachsrate nicht erreicht werden kann. Das aber bedeutet weitere Belastungen für die Steuerzahler.

Nachdem der Bundestag schon im Dezember 1966, sozusagen als Débüt der Großen Koalition, für 2,7 Milliarden DM Ausgaben eingespart und Steuern erhöht hat, wird derjenige erst noch kommen müssen, der den Beweis erbringt, mit sozialdemokratischen Ministern im Kabinett sei die soziale Reaktion der Unternehmer und der CDU zu stoppen. Dies dürfte um so schwerer sein, als im gleichen Augenblick, da die Arbeitnehmer zur Kasse gebeten werden, für die Unternehmer Sonderabschreibungen von 5 bis 10 Prozent auf Investitionen in Kraft treten. In seiner eingangs schon erwähnten Rede stellte Otto Brenner fest, die Bundesregierung folge in ihrer Sozialpolitik eher einer „Linie des Rückgangs“ als den Erfordernissen des Fortschritts. Das mag für manche Verfechter der Großen Koalition ein hartes Urteil sein, aber es ist gerecht.

Sb.

## Aufschwung erst 1968

Nach Ansicht des Münchener Ifo-Institutes kann die Bauindustrie frühestens 1968 mit einem Aufschwung rechnen. Zwar wird die Nachfrage nach Bauleistung in den nächsten Monaten ansteigen, doch wird sich dies nur teilweise auf die Produktion des Jahres 1967 übertragen. Während im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre in der Bauwirtschaft ein reales Wachstum von 5 bis 7 Prozent erreicht wurde, muß 1967 mit einer Abschwächung von 10 Prozent gerechnet werden.

Als Folge der bauwirtschaftlichen Entwicklung, so erklärt das Ifo-Institut, wird 1967 fast eine halbe Million Arbeitskräfte weniger benötigt als 1966, und das Investitionsvolumen wird nur noch weniger als 50 Prozent des Volumens von 1964 betragen. 1964 investierte das Bauhauptgewerbe (ohne Ausbau) für Baumaschinen und Fahrzeuge 2,7 Milliarden DM.

# „Konzertierte Aktion“ gegen Arbeiter

## Gewerkschaften dürfen sich durch Schlagworte nicht lähmeln lassen — Was steckt dahinter?

Seit der Regierungserklärung Kiesingers beherrscht ein Schlagwort mehr und mehr die Szene: die „konzertierte Aktion“. Sie wird von den Meinungsmachern als das Allheilmittel zur Bewältigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, zur Sicherung der Arbeitsplätze, kurz zur Schaffung wirtschaftlicher und sozialer Stabilität gefeiert. Selbst Gewerkschafter vertreten die Ansicht, sie könnten sich diesem psychologischen Druck schwer entziehen und gegen die „konzertierte Aktion“ kaum auftreten, da sie sonst in den Augen der Arbeitnehmer in den Verdacht geraten, gegen die erforderliche Stabilisierung zu sein. Wie verhält es sich damit?

Man sollte dieses Argument nicht einfach als „taktische Ausrede“ beiseite schieben. Es darf nicht verkannt werden, daß es der Unternehmerpropaganda gelungen ist, beträchtliche Verwirrung in die Reihen der Arbeitnehmer zu tragen, wo z. Z. die Sorge um den Arbeitsplatz und die Vollbeschäftigung an erster Stelle steht und nicht selten die irrite Ansicht zu hören ist, in dieser Situation würden Lohn erhöhungen mehr schaden als nützen. Dennoch sollten sich die Gewerkschaften hüten, in den Chor jener einzustimmen, die lauthals die „konzertierte Aktion“ verlangen. Das muß ins eigene Auge gehen. Lohnpolitik, d. h. die Auseinandersetzung um die Verteilung des Ertrages der Volkswirtschaft, wird immer mehr von der Ebene der Tarifparteien auf die Ebene der direkten Konfrontation mit der Regierungspolitik gehoben. Wenn jetzt anstelle von Unternehmerverbänden die Regierung selbst deren Parolen vertritt, ändert das nichts an dem grundlegenden Tatbestand, daß die Lohnpolitik nach wie vor Machtpolitik ist.

Die Schöpfer des Begriffs „konzertierte Aktion“ verstehen darunter das „Mitwirken im Zusammenspiel“ unterschiedlicher Kräfte auf ein gemeinsames Ziel hin. Wie jedes Konzert einen Dirigenten benötigt, so braucht auch die „konzertierte Aktion“ einen solchen, der die Stücke auswählt und das Tempo bestimmt. Nach den bisherigen Erfahrungen sind aber weder Regierung noch Unternehmerschaft bereit, die Gewerkschaften an der Auswahl der für die „konzertierte Aktion“ vorgesehenen „Stücke“ zu beteiligen oder ihnen gar eine Mitbestimmung über die Behandlung der möglichen Themen zuzugestehen, wie etwa Preisgestaltung, Investitionshöhe, Steuerpolitik oder gar wirtschaftliche Rahmenplanung.

In ihrer Stellungnahme zum Sachverständigen Gutachten spricht sich die Bundesregierung für den Vorrang von Investitionen zu Lasten konsumtiver Ausgaben aus (Ziffer 2 + 3). Dann betreibt sie Seelenmassage: In Ziff. 9 + 10 erläutert sie die „konzertierte Aktion“ dahingehend, sie stelle ein „enges Zusammenwirken“ aller Verantwortli-

chen zur Sicherung einer „kontrollierten Expansion“ dar. Die Regierung wolle nur Informationen zur Verfügung stellen, damit sich die Teilnehmer „über bestimmte Orientierungsdaten verständigen“ können. Zwar wird noch versichert, man wolle „keine einseitig auf die Beschränkung der Arbeitnehmereinkommen gerichtete Politik betreiben“, aber dann ist doch nur von dem geeigneten „Maß an Nominallohnherhöhungen“ die Rede. Alle anderen Faktoren der Wirtschaftspolitik werden ausgeklammert bis auf die „außenwirtschaftliche Absicherung“ der Preise, die jedoch — im Gegensatz zu den Sachverständigen — von der Bundesregierung als „geringe Gefahr“ bezeichnet wird. Schließlich heißt es etwas phrasenhaft: „Der Spielraum für ein optimales Wachstum und damit für die mögliche Erhöhung der Realeinkommen wird also auch vom Verhalten der Mitglieder und Gruppen einer mündigen Gesellschaft bestimmt.“

Wenn diese Stellungnahme noch darauf verweisen kann, daß die Vorsitzenden verschiedener DGB-Gewerkschaften dem Bundeswirtschaftsminister ihre Bereitschaft zur Teilnahme an einer „konzertierten Aktion“ erklärt haben, und in einer Erklärung des Hauptvorstandes der IG Chemie zum Ausgang des Tarifkonfliktes für die Chemieindustrie der Satz steht, dieser Tarifabschluß (3,7 Prozent) sei ein „praktischer Beitrag“ zur „konzertierten Aktion“, und jetzt seien auch die anderen aufgerufen, „entsprechende Beiträge“ zu leisten, dann wird vollends deutlich, welche beträchtlichen und unangebrachten Vorleistungen die Gewerkschaften zu bringen offenbar bereit sind.

Darum ist die Frage berechtigt, ob es nicht auch dem DGB gut zu Gesicht stände, wenn er sich nüchterner als bisher mit den Zielen einer „konzertierten Aktion“ auseinandersetzen würde, um die Arbeitnehmer vor Illusionen zu bewahren? Bisher haben jedoch nur Otto Brenner für die IG Metall und Rudolf Henschel vom DGB gegen die konzertierte Lohnpolitik Stellung genommen. Es dürfte jedoch unbestritten sein, daß eine solche „konzertierte Aktion“ ein sehr gefährlicher Schritt auf dem Wege zur Gleichschaltung der Gewerkschaften ist.

Soweit kann nun aber nicht die Liebe sozialdemokratischer Gewerkschafter zu einem sozialdemokratischen Wirtschaftsminister gehen, daß sie ihr gutes Recht und die Pflicht, die Interessen der organisierten Arbeitnehmer wahrzunehmen, eintauschen gegen eine dürfte funktionale Aufgabe im Rahmen einer formierten Gesellschaft.

Jetzt ist es an der Zeit, die „Schonzeit“ für die Regierung der Großen Koalition zu beenden und mit der sachlichen Kritik an ihrer Arbeit zu beginnen. Eine solche Kritik müßte sich gegen jeden Versuch richten, die Gewerkschaften in die Fesseln populärer Schlagworte zu zwängen.

Es bleibt nur die Möglichkeit, den schwierigen, aber auf die Dauer erfolgreicher Weg der offenen Auseinandersetzung zu gehen. Nur so können die Arbeitnehmer und die Öffentlichkeit die vorhandenen Interessengegensätze in der Wirtschafts- und Lohnpolitik durchschauen. Erst dann werden sie geeignete Maßnahmen für eine wirksame Selbsthilfe der Gewerkschaften unterstützen. Wer auf diese Auseinandersetzung verzichtet, verzichtet im Grunde darauf, die Gewerkschaften für „härtere Zeiten“, die nun heraufziehen, gründlich vorzubereiten.

H. Czymek

## Notstandsgesetze überfordern Städte und Gemeinden

Vor welche unlösbar finanziellen Probleme die schon beschlossenen Notstandsgesetze Städte und Gemeinden stellen, geht aus einer Feststellung des Münchner Oberbürgermeisters, Dr. Vogel, hervor, der gleichzeitig Vorsitzender des Ausschusses für die Interessen der Städte beim Parteivorstand der SPD ist. Danach kostet allein die Ausrüstung der Einsatzstaffeln nach dem Selbstschutzgesetz die Stadt München 5,9 Millionen DM. Der Bau von Schutträumen nach dem Schutzbaugesetz wird die Stadt mit über 136 Millionen DM belasten.

## Weniger Auto-Zulassungen

Wie das Kraftfahrtbundesamt mitteilte, hat sich 1966 zum erstenmal seit zehn Jahren die Anzahl der Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen vermindert, und zwar um 25 848 bei insgesamt 1,71 Millionen. Davon waren 1,31 Millionen Personewagen, deren Neuzulassung um 0,6 Prozent im Jahresdurchschnitt verminderte. Wie sehr diese Entwicklung eine Folge schwindenden Vertrauens in die wirtschaftliche Stabilität ist, geht aus den Dezemberzahlen hervor. In diesem Monat gelangten 94 296 Kraftfahrzeuge, aber 18 673 weniger als im November, neu in den Verkehr. Der Rückgang beträgt 16,5 Prozent; gegenüber dem Dezember 1965 sogar 18,7 Prozent.

# Vom Unwert eines Tabus

## Nach der Sowjetunion sollte der DGB nun die DDR besuchen Die „Ostkontakte“ sind bereits Wirklichkeit geworden

Das Jahr 1966 — man kann das heute schon sagen — wird einmal in der bundesdeutschen Gewerkschaftsgeschichte einen festen Platz bekommen: als das Jahr des Beginns sachlicher und freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Mitgliedergewerkschaften auf der einen und den Gewerkschaftsbünden sowie Einzelgewerkschaften sozialistischer Länder auf der anderen Seite. Gleich zu Beginn dieses Jahres, am 10. Januar, hat der DGB-Bundesvorstand beschlossen, diese Kontakte im laufenden Jahr fortzuführen und auszubauen. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) in der DDR soll davon jedoch auch weiterhin ausgenommen bleiben.

So kam es 1966 erstmalig zum Delegationsaustausch der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr der Bundesrepublik mit der tschechoslowakischen „Gewerkschaft der Staatsangestellten“ und der sowjetischen „Gewerkschaft der Mitarbeiter der Staatsbehörden“. Eine Gruppe tschechoslowakischer Gewerkschaftsfunktionäre weilte im Auftrag des Zentralrates der CSSR-Gewerkschaften und auf Einladung der Vorstände des DGB, der IG Metall und der IG Chemie-Papier-Keramik zwei Wochen lang in der Bundesrepublik. Als Höhepunkt dieser ostpolitischen Aktivität ist zweifellos der Besuch der Abordnung des DGB-Bundesvorstandes in der Sowjetunion zu bewerten, der neben zwei Mitgliedern des geschäftsführenden Bundesvorstandes und zwei Redakteuren der Gewerkschaftspresse auch die Vorsitzenden der Gewerkschaften Chemie-Papier-Keramik, Handel-Banken-Versicherungen und Holz angehörten.

Angesichts dieser Entwicklung traf der Redakteur des DGB-Funktionärseorgans „Die Quelle“, Horst Helbing, die lakonische Feststellung, daß „die vieldiskutierten und umstrittenen Kontakte bereits bestehen“. In der Tat, der Begriff „Ostkontakte“ hat mit einem Male für die Gewerkschaften in der Bundesrepublik den beinahe-hochverräterischen Klang verloren. Ein allzu lange gehütetes Tabu wurde von den Erfordernissen der Vernunft überwunden.

Dabei ist bemerkenswert, welche Eindrücke die ersten „Ostreisenden“ der DGB-Gewerkschaften schon nach kurzer Konfrontation mit der sozialistischen Wirklichkeit erhielten. Der schon genannte Redakteur Helbing, Mitglied der DGB-Abordnung, die im November 1966 die Sowjetunion besuchte, schrieb in seinem ersten Reisebericht am 2. Dezember 1966 in der „Welt der Arbeit“: „Die sowjetischen Gewerkschaften sind keine Zwangorganisationen, die Mitgliedschaft ist freiwillig. Die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft ist jedoch für die Arbeitnehmer selbstverständlich, nicht zuletzt deshalb, weil die Gewerkschaften über die Einrichtungen der Sozialversicherung ver-

fügen und ihren Mitgliedern handfeste materielle Vorteile bieten können.“

Der OTV-Vorsitzende Heinz Kluncker erklärte nach seiner Rückkehr vom Moskau-Besuch im Mai desselben Jahres: „... aber das Propagandaklischee von der Antreiberorganisation wurde nirgends bestätigt.“ Wilhelm Gefeller, Günter Stephan, Eugen Stotz und andere kamen in ihren Berichten zu ähnlichen Schlüssefolgerungen und betonten die Notwendigkeit, den Informations- und Delegationsaustausch mit Gewerkschaften osteuropäischer Länder fortzusetzen.

So etwas sagen führende Gewerkschafter in der Bundesrepublik nicht „aus dem hohen Bauch“ heraus; sie sind vielmehr aufrichtig genug, mit einem jahrzehntelangen Fehlurteil über „die kommunistischen Gewerkschaften“ aufzuräumen. Gewiß mag sich manches Gewerkschaftsmitglied wundern, wie glatt heute Spitzenfunktionären über die Lippen kommt, was sie noch unlängst nicht wahrhaben wollten. Es wäre rechthaberisch und ein billiger Triumph, sich darüber auszubreiten, daß nicht die Fakten, sondern die Einsichten neu sind. Wichtig ist, daß die Versachlichung der gewerkschaftlichen Beziehungen und des Verhältnisses zu den Arbeitern und Angestellten in den osteuropäischen Ländern einen wertvollen Beitrag zur Verständigung der Völker und zur Sicherung des Friedens in Europa darstellt.

Für unsere innerdeutsche Situation, ganz besonders unter dem Aspekt des Verhältnisses der beiden Gewerkschaftsbünde zueinander, ergeben sich aus den beginnenden westdeutsch-ost-europäischen Gewerkschaftsbeziehungen zwei wesentliche Erkenntnisse, daß nämlich erstens jahrelang propagierte Standpunkte des DGB — also auch jener in bezug auf den FDGB — nicht richtig und unwandelbar sein müssen und zweitens offensichtlich weniger die moralischen Wertungen als vielmehr die politischen Zweckmäßigenkeiten für das Ingangsetzen bzw. Unterlassen von Initiativen ausschlaggebend sind. Die Anbahnung von Beziehungen zwischen den Gewerkschaften in der Bundesrepublik

und denen in der Sowjetunion, der CSSR usw. geht nämlich einher mit vorausgegangenen oder gleichzeitigen Diskussionen in den Regierungsparteien, die auf eine Ausdehnung der Wirtschaftsbeziehungen und der politischen Präsenz nach Osten hin zielen. Die Gewerkschaften nachvollziehen lediglich, was die Wirtschaft schon lange tut und was von den politischen Parteien mit der Entsendung von Emissären u. a. nach Moskau, Budapest und Bukarest ebenfalls schon begonnen wurde, allerdings mit der Absicht der politischen Isolierung der DDR bei ihren Verbündeten.

Es stellt sich vielmehr die Frage, ob die Gewerkschaften nicht einmal die ersten sein können, die eine „heilige Kuh“ schlachten, wie Willy Brandt das Überwinden hemmender Tabus bezeichnet hat. Wenn das Anbahnen vernünftiger Beziehungen zu den Gewerkschaften Osteuropas den politischen Notwendigkeiten entspricht, was nicht bezweifelt werden kann, so läßt sich kaum bestreiten, daß solche Notwendigkeiten auch und gerade in Deutschland selbst bestehen. Und notwendig wäre in diesem immer mehr auseinanderstrebenden Deutschland die politische Verständigung zwischen den Gewerkschaften in der Bundesrepublik und der DDR, ja zunächst weniger noch: das Kennenlernen der gesellschaftlichen und sozialen Wirklichkeit aus eigener Anschauung. Nachdem sich, was nach Westen hin im allgemeinen schon geschehen ist, nun auch ein gesundes Verhältnis zu den Gewerkschaften und damit den Arbeitern im Osten anzubahnen beginnt, müßte die Versachlichung und Normalisierung des Klimas zwischen den Gewerkschaften im eigenen Lande das nächste Ziel sein.

Das Jahr 1966 hat auch in dieser Hinsicht neue Akzente gesetzt: Zum erstenmal seit vielen Jahren nach Gründung der Bundesrepublik und der DDR hat das Verlangen nach innerdeutschen Gewerkschaftsgesprächen, gewissermaßen im Windschatten des ostpolitischen Tauwinters im DGB, wieder Eingang in die Beschlüsse von Gewerkschaftstagungen und -konferenzen gefunden. Die Gewerkschaftsmitglieder, vor allem auf der unteren und mittleren Ebene, sind immer weniger geneigt, einzusehen, warum solche Gespräche mit sowjetischen, tschechoslowakischen und polnischen Kommunisten für die westdeutschen Gewerkschaften nützlich, mit Kommunisten in der DDR dagegen verwerflich sein sollen.

So haben im vergangenen Jahr die Gewerkschaftstage der IG Chemie-Papier-Keramik, der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten und der Gewerkschaft Holz, ferner Fachkonferenzen der IG Chemie und mehrere DGB-Landeskonferenzen diese Problematik mit den gebotenen Sachlichkeit diskutiert und zum Teil in Anträgen und Entschließungen „direkte Verbindungen zu den Arbeitnehmern in Mit-

teldeutschland" (Gewerkschaft Holz) gefordert. Ebenso beschäftigte sich der 7. DGB-Kongreß mit dem Problem der innerdeutschen Kontakte. In einer ausgiebigen Diskussion wurde die ursprünglich "harte" Linie des DGB-Bundesvorstandes (Antrag 11) zugunsten einer flexiblen Haltung (I 16) revidiert. Mit einem weiteren Initiativ-antrag (Nr. 17), der die Billigung eines Drittels der Delegierten fand, sollte der DGB ebenfalls veranlaßt werden, zu prüfen, wie "direkte Verbindungen" zu den Arbeitern und Angestellten in der DDR hergestellt werden können.

Wenn es zu diesen Kontakten in dem notwendigen und möglichen Umfang offiziell noch nicht gekommen ist, so liegt das offensichtlich daran, daß in den Führungsspitzen des DGB und der meisten Gewerkschaften, parallel zu der Haltung der führenden politischen Parteien, keine Bereitschaft dazu vorhanden war; wo sie aber gedieh, wurde sie mit allen Mitteln unterdrückt. Wir kennen alle die Schulzbehauptungen, wonach die Gewerkschaften in kommunistisch regierten Ländern "Zwangsgewerkschaften", "Staatsgewerkschaften", "keine unabhängigen Organisationen" und also gar keine richtigen Gewerkschaften sind. Folgt man diesen Gedankengängen, so ist nicht der mangelnde eigene Wille schuld an den fehlenden Verbindungen zu sozialistischen Gewerkschaften, sondern diese selbst machen aufgrund ihres "unschicklichen" Charakters jede Kontaktaufnahme für "freie Gewerkschafter" zu einem Delikt.

Doch diese in den Propagandaschlachten des kalten Krieges geborene und gehätschelte Mentalität scheint nun vom gesunden Menschenverstand und den Einsichten in politische Notwendigkeiten überwunden, denn die kommunistischen "Zwangsgewerkschaften" sind als solche nicht erkennbar, und "das Propagandaklischee von der Antrieberorganisation wurde nirgends bestätigt" — mit einer Ausnahme: In bezug auf die DDR sollen alle diese Propagandaklischees unangetastet bleiben. So hat es jedenfalls der Bundesvorstand des DGB auf seiner Januar-Sitzung beschlossen.

**Man muß schon fragen:** Können wir uns in der Bundesrepublik vor den eigenen Gewerkschaftsmitgliedern und vor der Weltöffentlichkeit eine solche Schizophrenie leisten? Wer soll denn noch länger glauben, daß bei grundsätzlich gleicher Gesellschaftsordnung, gewerkschaftlicher Aufgabenstellung und Arbeitsweise die einen — die sowjetischen, polnischen, rumänischen, tschechoslowakischen — Gewerkschafter "kontaktwürdig" und die anderen — die Landsleute in der DDR — "kontaktunwürdig" sind. Und wer will denn noch glaubhaft rechtfertigen, daß die Kenntnis der gesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Tatbestände und Probleme in kommunistischen Ländern wertvoll nur

dann ist, wenn es sich dabei um fremde Völker, nicht aber um das eigene handelt?

Es scheint nunmehr die Zeit gekommen, in der man Schluß machen sollte mit diesen opportunistischen Taschenspielertricks, die politisch zudem unerhörten Schaden anrichten. Die noch unerledigten Aufgaben in Deutschland sind zu umfangreich und zu wichtig, als daß die Gewerkschaften sie ignorieren könnten. Und die regierenden politischen Parteien sind, soweit es brauchbare Konzeptionen betrifft, zu untätig, als daß der DGB und die Gewerkschaften es auch sein könnten. Es würde der kämpferischen Tradition der deutschen Gewerkschaftsbewegung nicht entsprechen, sollte künftig nur noch getan werden, was unseren politischen Repräsentanten wohlgefällig ist.

**Im wesentlichen sind es zwei Fragen, die heute in der „gesamtdeutschen“ Gewerkschaftspolitik beantwortet werden müssen: Sollen DGB und FDGB überhaupt miteinander reden und — wenn ja — worüber? Im Grunde ist die Beantwortung dieser Fragen einfach: Ja, sie müssen miteinander**



### **„Goldene Regeln“ - noch gültig?**

"Zehn goldene Regeln" als Grundlage sozialdemokratischer Regierungspolitik wurden im April 1965 von Helmut Schmidt, damals Mitglied der SPD-„Regierungsmannschaft“, bekanntgegeben. Sind sie noch gültig — nun, da SPD-Minister mitregieren?

Auch Regierungsmitglieder sind zur Ehrlichkeit gegenüber dem Parlament verpflichtet", lautete eine der "zehn goldenen Regeln". Offensichtlich bezog sich das auf Franz Josef Strauß, mit dem Brandt, Wehner und Schiller nun gemeinsam die Regierungsbank und noch einiges mehr drücken.

"Politische Parteien gehören nicht an die Futterkrippe des Steuerzahlers", hieß eine andere "goldene Regel". Bis jetzt ist jedoch nicht bekannt, daß das mit neun SPD-Ministern angereicherte Kabinett Kiesinger die staatliche Parteienfinanzierung wieder abschaffen will.

"Deutschland kann sich keine Minister und Staatssekretäre mehr leisten, die schon unter Hitler hoheitliche Aufgaben wahrgenommen haben", lautet die letzte der "zehn goldenen Regeln". Vialon mußte jetzt gehen, mit voller Pension, versteht sich. An der Spitze des Kabinetts aber steht ein Mann, der 1933, als Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Kommunisten in die Gefängnisse und ins Ausland gingen, NSDAP-Mitglied wurde und es im NS-Staat zum leitenden Propagandisten im Ribbentrop-Ministerium brachte.

reden, und zwar über alle die deutsche Arbeiterschaft interessierenden Probleme von der Sozialpolitik bis zur „großen“ Politik.

Ohne Zweifel würden derartige Initiativen der deutschen Gewerkschaften zur Klärung der Gesamtproblematik und der Frage nach dem "Wie weiter?" in Deutschland wesentlich beitragen. Sie würden auch die Kräfte sichtbar machen, die eine progressive Lösung der deutschen Frage ehrlich anstreben bzw. verhindern wollen. Für die politische Position der Arbeiter in der Bundesrepublik kann eine derartige Aktion der Gewerkschaften nur nützlich sein. Sie würde zugleich die Bonner Parteien aus ihrer substantiellen Unbeweglichkeit aufscheuchen und dazu beitragen, daß nicht noch weitere Jahre nutzlos vergehen, bevor endlich getan wird, was man eines Tages doch tun muß: die Probleme der Nation klären.

Die Diskussion über die Notwendigkeit, dies zu tun, hat in den Gewerkschaften begonnen, die Einsichten werden stärker. In bezug auf Kontakte zu FDGB-Gewerkschaften ist seit 1966 eine ähnliche Situation eingetreten, wie sie bestand, bevor es allgemein üblich wurde, Beschlüsse über Kontaktaufnahme zu osteuropäischen Gewerkschaften zu fassen. Offenbar will es die Ironie der Geschichte, daß der Weg zum Gesprächspartner in Ost-Berlin nicht geradlinig, sondern über Prag, Warschau und Moskau dorthin führt.

Ein starkes Hemmnis auf dem Wege zur Verständigung der Gewerkschafter in der Bundesrepublik und der DDR ist bei uns die sehr große Unkenntnis über die tatsächlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen in der DDR. Insbesondere sind dem westdeutschen Gewerkschafter Inhalt und Form der tagtäglichen Gewerkschaftsarbeit seiner Kollegen in der DDR unbekannt. Diese "weißen Flecke" in der sachlich-politischen Informiertheit unserer Gewerkschafter haben es den Gegnern von Kontakten erleichtert, ein nicht gerade freundliches Bild vom DDR-Gewerkschafter in die Welt der Vorstellungen und Vorurteile hineinzu-projizieren. Dieses Zerrbild hat lange Zeit, allzulange und auch heute noch, die Bereitschaft zu der notwendigen Verständigung verdrängt. In dem Maße, wie jetzt die Bereitschaft wächst, korrigiert sich auch das Zerrbild. Umgekehrt aber ist das Vermitteln von Kenntnissen über die tatsächliche Gewerkschaftsarbeit in der DDR eine wesentliche Hilfe, wenn nicht gar Voraussetzung, die Verständigungsbereitschaft zu fördern. Diese duldet keinen Aufschub mehr; denn was unsere Generation, die sich zum Teil noch persönlich kennt, hüben und drüben tut oder unterläßt, wird für die Zukunft unseres Volkes, deren größter und in jeder Beziehung bedeutendster Teil die Arbeiter sind, entscheidend sein.

Gerd Siebert

# IG Chemie war nicht gewappnet

## Vereinter Druck von Unternehmern und SPD-Ministern? Schlechtes Ergebnis in der gewinnträchtigsten Branche

Die Lohnbewegung in der chemischen Industrie ist nach rund drei Monaten harren Ringens nahezu abgeschlossen. Im Wege der Schlichtung auf Bundes-, teils auch auf Landesebene wurden Lohn- und Gehaltsaufbesserungen um 3,7 Prozent (12 bis 14 Pfennig), in Schleswig-Holstein sogar nur um 3,2 Prozent vereinbart. Das Ergebnis der diesjährigen Lohnrunde für mehrere hunderttausend Beschäftigte in der chemischen Industrie blieb damit noch unter der viel diskutierten und umstrittenen „Leitlinie“ von 4 Prozent. Der Lohnabschluß in diesem Wirtschaftszweig, der noch am besten dasteht, ist der seit Jahren schlechteste.

In den Mitteilungen der IG Chemie-Papier-Keramik über die Schlichtungsbzw. Verhandlungsergebnisse in den einzelnen Tarifbezirke werden folgende Fakten herausgestellt: Lohnerhöhung um 12 bis 14 Pfennig die Stunde, gleich 3,7 Prozent; entsprechende Erhöhung der Angestelltengehälter; Wirksamwerden der bereits früher vereinbarten Arbeitszeitverkürzung auf 41½ Wochenstunden ab 1. Januar 1967 und Gewährung des Lohnausgleichs von 3 Prozent; Laufdauer der neuen Tarifverträge von 12 Monaten, erstmals kündbar zum 31. Januar 1968.

Dazu muß man einige Erläuterungen geben; auf den ersten Blick kann der Eindruck entstehen, als sei das Ergebnis der langwierigen Tarifauseinandersetzung die Sicherung der Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich von 3 Prozent, ferner die Lohnnerhöhung von 3,7 Prozent, also zusammen 6,7 Prozent, und das bei nur 12 Monaten Laufzeit. Die Verkürzung der Arbeitszeit und die Lohnbewegung sind jedoch zwei völlig verschiedene Dinge.

Die IG Chemie-Papier-Keramik hatte angesichts der außergewöhnlich gewinnträchtigen Lage in der chemischen Industrie und um den Arbeitnehmern einen Anteil am Produktivitätszuwachs und den sozialen Standard infolge der Preissteigerungen zu sichern, durchschnittlich 9 Prozent verlangt. Die Verkürzung der Arbeitszeit auf 41½ Stunden stand nicht zur Debatte, da sie schon 1965 endgültig vereinbart war. Die Arbeitgeber wollten jedoch den 3 Prozentigen Lohnausgleich aus der Arbeitszeitverkürzung in der letzten Lohnbewegung abermals verrechnen. Die Gewerkschaft verlangte die 9 Prozent aber unabhängig vom Lohnausgleich. „Diese Dinge“, erklärte dazu der stellvertretende Vorsitzende der IG Chemie, Karl Küpper, „sind seinerzeit schon bezahlt worden durch eine entsprechend geringere Lohnnerhöhung bei verlängerter Laufzeit. Die Arbeitgeber wollen aber offenbar zweimal zur Kasse schreiten.“

Das haben sie nun auch getan. Im übrigen ist auch die Laufzeit des neuen Tarifvertrages, wenn wir es milde ausdrücken, eine optische Täuschung. Es ist zwar richtig, daß jene

Verträge, die ab 1. Februar 1967 gelten, zum 31. Januar 1968 und andere, die ab 1. März 1967 in Kraft treten, zum 29. Februar 1968 — also jeweils nach zwölf Monaten — kündbar sind. Aber die alten Tarifverträge waren auch zum 31. Oktober bzw. 30. November 1966 gekündigt worden, so daß jeweils drei Monate dazugerechnet werden müssen. Das reale Ergebnis der Tarifrunde ist demnach: 3,7 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung für einen Zeitraum von 15 Monaten. Das kann die Chemiearbeiter nicht befriedigen.

Wenn man die guten Argumente der Gewerkschaft für ihre 9prozentige Forderung vor den Schlichtungsergebnissen mit der Stellungnahme Küppers danach vergleicht („ein vernünftiger Kompromiß“), so wird man den Eindruck nicht los, daß die IG Chemie es diesmal nicht nur mit den Unternehmern allein zu tun hatte. Auf eine kurze Formel gebracht, scheint auch der dürfliche Tarifabschluß ein Preis zu sein, den die Arbeitnehmer für die Große Koalition zahlen müssen. Offenbar war der Druck aus bestimmten sozialdemokratischen Ministerien in Bonn auf die IG Chemie nicht weniger massiv als der der Unternehmer. Die Anhänger der konzertierten Aktion Schillers, die den Arbeitern und Angestellten einseitig „den Marsch blasen“ wollen, scheinen mit allen Mitteln zu arbeiten, um den Unternehmern das Wirtschaften noch lukrativer zu machen. Etwa nach dem Motto: Wir bieten euch alle denkbaren Anreize (Lohnersparnis, billigere Kredite und Sonderabschreibungen) — nun investiert man schön!

Wirtschaftsminister Schiller hat mit seiner Meinung zu dem Chemie-Ergebnis keinen Tag zurückgehalten, als er sofort nach dem Wiesbadener Schiedsspruch erklärte, er hoffe, dieser Kompromiß werde eine „Signalwirkung“ auf die bevorstehenden Verhandlungen in anderen Tarifbereichen haben.

Karl Küpper hat nach dem Wiesbadener Ergebnis richtig festgestellt, daß

seine Gewerkschaft „die erste Konfrontation mit einer völlig neuen und komplizierteren allgemeinen wirtschaftlichen Situation“ erleben mußte. Dieser Umstand muß zweifellos bei dem unbefriedigenden Ergebnis berücksichtigt werden, wobei dieses Ergebnis die Tatsache widerspiegelt, daß sich die Gewerkschaft — und nicht nur die IG Chemie-Papier-Keramik — noch nicht auf die neue Situation eingereicht hat.

Die Gewerkschaften haben in der Vergangenheit vor wirtschaftlichen Fehlentwicklungen gewarnt und seit Beginn des Konjunkturrückschlags eindeutig und zutreffend erklärt, daß man nicht die Sozialpolitik oder die Forderungen der Arbeiter und Angestellten dafür verantwortlich machen könne; vielmehr sei die kurzfristige, planlose und profitorientierte Wirtschaftspolitik für die eingetretene Lage verantwortlich. Es ist auch aus diesem Grunde unverständlich, warum die IG Chemie erklärt hat, sie habe mit dem 3,7-Prozent-Ergebnis ihre „Bereitschaft bewiesen, Verantwortung für die Überwindung der gegenwärtigen Situation zu übernehmen“. Eine solche „Bereitschaft“ ist darum fragwürdig, weil die Gewerkschaften nicht einerseits in ihrer Aufklärungsarbeit die wahre Ursache für die Stagnation — die Bonner Wirtschaftspolitik — nennen können, um andererseits in der Praxis der Tarifpolitik durch vermeintliches Wohlverhalten die Unternehmerthese zu verstärken, alles Ubel gehe von den „maßlosen Forderungen“ der Gewerkschaften aus. Wer, wie die IG Chemie-Papier-Keramik (und andere Gewerkschaften!) durch Kurztreten in der Lohnpolitik mithilft, den Eindruck zu erwecken, als seien die Folgen unternehmerischer und regierungsmäßlicher Misswirtschaft durch Verzicht auf soziale Verbesserungen zu überwinden, der muß sich nicht wundern, wenn die Theorien von der Lohn-Preis-Spirale und den „hohen Löhnen“, die die Wirtschaft und Konkurrenzfähigkeit lähmen, Eingang in breite Kreise der Öffentlichkeit und der Gewerkschafter selbst finden.

Es geht jetzt vielmehr darum, daß — um es einmal ganz simpel zu sagen — unter allen Unvernünftigen die Gewerkschaften vernünftig genug sind, um auch gegen schwerstes Propagandafeuer aus dem gegnerischen Lager spürbare Lohn- und Gehaltssteigerungen durchzusetzen, damit ein neuer Nachfrageanreiz entsteht. Das Beispiel der IG Chemie beweist, daß es mit der alten bequemen Lohnpolitik nicht mehr geht; der Anteil der Arbeitnehmer am Wirtschaftsertrag kann nur durch Kampf gesichert werden, und wenn es sein muß, durch „unpopulären“ Kampf. K. Kilian

**„Freiwilliger Lohnverzicht“  
durch Erpressung**

Mit sichtlicher Genugtuung hat die unternehmerfreundliche Presse über die Vereinbarung zwischen Unternehmensleitung und Betriebsrat der Firma Krampe und Co. in Hattingen berichtet, die am 1. Januar 1967 in der Metallindustrie eingeführte 40-Stunden-Woche nicht in Anspruch zu nehmen und auf die damit verbundene Lohnerhöhung von 3,1 Prozent zu verzichten.

Was von der Presse als „Musterbeispiel“ und von Betriebsinhaber Hoffmann als „spontane Aktion des Mitdenkens“ bezeichnet wurde, ist in Wirklichkeit aber nur eine neue Methode der Unternehmer, die Löhne auf kaltem Wege abzubauen. Firmenchef Hoffmann hatte nämlich zuvor durchblicken lassen, daß im Zuge der veränderten Wirtschaftssituation zumindest die Akkordsätze überprüft werden müßten. Erst das veranlaßte den Betriebsrat, dem „freiwilligen Lohnverzicht“ zuzustimmen, unter der Bedingung, daß die Betriebsleitung keine Entlassungen vornimmt, Kurzarbeit einföhrt oder die Akkordsätze ändert. So gesehen ist die Haltung des Betriebsrates — die IG Metall sprach in diesem Zusammenhang von einem „unverständlichen Geschenk an den Arbeitgeber“ — lediglich das Ergebnis des Unternehmerdrucks und hat mit der vielzitierten „Freiwilligkeit“ nicht das geringste zu tun. Hoffmann, der die Auftragslage ausdrücklich als „recht gut“ bezeichnete, bestätigte das mit der Erklärung: „Wenn die IG Metall die Arbeitszeitverkürzung doch durchsetzt und wir dann aus betriebskalkulatorischen Gründen die überhöhten Löhne den Tarifen anzulegen gezwungen sind, stehen sich die Arbeiter schlechter als heute.“

Damit hat sich das mit viel Vorschußlorbeer bedachte „Musterbeispiel“ der Firma Krampe und Co. von selbst ad absurdum geführt und nur einmal mehr verdeutlicht, daß den Unternehmern jedes Mittel recht ist, die Profite auf Kosten der Löhne zu sichern.

**Hokusokus...**

Wie üblich, gingen die Gewerkschaften Textil-Bekleidung und Leder kürzlich in die Tarifrunde im Rauchwarenveredelungs- und Pelzbekleidungsgewerbe, indem sie bei dem zuständigen Arbeitgeberverband für die Beschäftigten dieser Branche die Forderungen anmeldeten. Aber die Gewerkschafter hatten nicht mit der Findigkeit der Unternehmer gerechnet: Statt zu den Verhandlungen zu erscheinen, löste sich der Verband in einer extra einberufenen Mitgliederversammlung auf. Es gab plötzlich keinen Verhandlungspartner mehr.

Das ist natürlich auch eine Methode, Lohnforderungen auszuweichen. Direkt

# **Jetzt Tarifverträge kündigen!**

## **Verhandlungen in der Stahlindustrie wieder ohne Ergebnis Manowski verweist auf Verstaatlichung in Großbritannien**

Die Tarifverhandlungen in der eisenschaffenden Industrie Nordrhein-Westfalens über die Forderungen der IG Metall — Nichtenrechnung der freien Sonnabende als Urlaubstage, Zahlung eines 13. Monateinkommens und Anhebung der Tarifgehälter auf Effektivniveau — sind am 31. Januar zum drittenmal gescheitert. Damit setzten die Arbeitgeber in der Eisen- und Stahlindustrie die hinhaltende Taktik fort.

Schon am 25. Januar, nach dem Scheitern der zweiten Tarifgespräche, zeigte sich die Große Tarifkommission der Gewerkschaft empört und diskutierte sie die Möglichkeit der Kündigung der Tarifverträge. Diese waren bekanntlich von der IG Metall zum vorgesehenen Termin, dem 31. 1., mit Rücksicht auf die schwierige Auftragslage in der eisenschaffenden Industrie nicht gekündigt worden. Von einer Lohnforderung nahm die Gewerkschaft Abstand und setzte sich damit der Kritik in den eigenen Reihen aus.

Nachdem offensichtlich geworden ist, daß die Unternehmer nicht bereit sind, das Entgegenkommen der IG Metall zu honorieren, wird die Kündigung der Lohn- und Gehaltstarifverträge unumgänglich. Diese Auffassung hat auch die Große Tarifkommission vertreten; sie wollte lediglich noch die Verhandlungen vom 31. Januar abwarten.

Inzwischen hat sich unter den Gewerkschaftern immer stärker die Überzeugung durchgesetzt, daß die Krise in der Stahlindustrie nicht das Ergebnis gewerkschaftlicher Lohnpolitik ist und folglich mit diesen Mitteln auch nicht behoben werden kann. Der Bezirksleiter der IG Metall in Nordrhein-Westfalen, Manowski, erklärte auf die Frage der Zeitung METALL, ob er einen Lohnstopp akzeptieren würde, um Arbeitsplätze „oder gar die Stahlindustrie“ zu retten: „Es wäre eine Illusion, mit den eingesparten Pfennigen an Löhnen und Gehältern die Krise in der Stahlindustrie lösen zu wollen.“ Die Ursache für die jetzige Misere seien die Überkapazitäten, die mit gigantischen Fehlinvestitionen geschaffen worden seien.

Auf eine weitere Frage, was zu tun sei, wenn die Stahlindustrie sich als unfähig erweise, trotz niedrigerer Löhne als in anderen Ländern, international wettbewerbsfähig zu werden, antwortete Manowski: „In England hat man den Ausweg darin gesehen, die Stahlindustrie zu nationalisieren. In Frankreich gibt es eine ziemlich straffe staatliche Planung.“ Er hoffe, daß die neuen Regierungen in Bonn und Düsseldorf eingreifen würden, um zu verhindern, daß die Stahlindustrie den gleichen Krebsgang antrete wie der Kohlenbergbau.

-an

## **„Entwicklungstendenzen des Spätkapitalismus“**

*Beiträge zur Diskussion um Bewegungsformen und Perspektive der kapitalistischen Gesellschaft.*

*Herausgegeben von Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen,  
Erlenweg 3/9.*

*88 Seiten, 3,00 DM.*

einmal was Neues. Die Frage ist nur, ob die Unternehmer wirklich glauben, nun hätten sie so etwas wie eine tarifpolitische Tarnkappe aufgesetzt und die Gewerkschaften könnten sie nicht aufstöbern? Wenn es keinen Unternehmerverband mehr gibt, werden sich die Gewerkschaften eben jeden Unternehmer einzeln „vorknöpfen“ müssen. Und es dürfte noch fraglich sein, ob sie dann besser wegkommen... Aber das ist deren Sorge.

Bemerkenswert an diesem Fall kindlichen Augenzukneifens (ätsch — nun sieht mich keiner!) ist die Einstellung

zur Tarifautonomie, die darin zum Ausdruck kommt. Hier wird mit demokratischen Einrichtungen von jenen, die doch die Demokratie gepachtet haben, Schindluder getrieben. Offenbar ein abgekartetes Spiel: um denen Wasser auf ihre antidemokratischen Mühlen zu leiten, die immer nach der Beseitigung der Tarifautonomie rufen. Hoffentlich spielen die Pelzhändler ihr begonnenes Versteckenspiel nun auch zu Ende: indem sie sich auch im Betrieb unsichtbar machen; nötig für das Funktionieren der Wirtschaft sind sie in ihrer Eigenschaft als private Unternehmer ohnehin nicht.

-ie-

# Sachverständigenrat und Lohnpolitik

## Lohnleitlinien keine Hilfe für Gewerkschaften Stabilität durch Rüstungsabbau statt Lohnstopp

Als Ende November des vergangenen Jahres der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem dritten „Jahresgutachten zur wirtschaftlichen Lage“ Stellung nahm, war bereits klar, daß die Bundesrepublik in die schwierigste Periode ihrer wirtschaftlichen Entwicklung seit ihrem Bestehen eingetreten ist. Diese Periode ist nicht nur durch eine tiefe innen- und außenpolitische, sondern gleichzeitig durch eine sämtliche gesellschaftlichen Bereiche umfassende Krise gekennzeichnet.

In dem Gutachten der Professoren wurde darum nicht zufällig an erster Stelle von dem Auftrag gesprochen, „Fehlentwicklungen darzulegen und Möglichkeiten zu ihrer Beseitigung und Vermeidung“ aufzuzeigen. Die Sachverständigen gingen dabei von dem Standpunkt aus, daß es gegenwärtig darauf ankomme, eine „kontrollierte Expansion“, das heißt Wirtschaftswachstum bei Geldwertstabilität, in die Wege zu leiten. Wie im Vorjahr schenkten sie dabei vor allem der Lohnpolitik große Aufmerksamkeit.

Bekanntlich war in dem Gutachten des Jahres 1965 die Idee der Lohnleitlinien ausführlich dargestellt worden. Die Professoren hatten Lohnleitlinien zu dem Zweck gefordert, die Geldentwertung schrittweise innerhalb von drei Jahren zu beenden. Die damalige Regierung Erhard hatte diesen Vorschlag abgelehnt, weil die Sachverständigen als erste Voraussetzung zur Bekämpfung der Inflation eine Einschränkung des übermäßigen jährlichen Zuwachses der Staatsausgaben und die Vermeidung staatlich verursachter Preissteigerungen forderten.

Die Erhard-Regierung wollte dagegen die Geldentwertung einseitig zu Lasten der Löhne stoppen und steigerte die Staatsausgaben weiter im Interesse einer aggressiven Außen- und Militärpolitik, weit über den Produktivitätszuwachs hinaus. So konnte es nicht ausbleiben, daß die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik überfordert wurde, zumal sich die Erhard-Regierung genötigt sah, verschiedenen Bevölkerungsgruppen Wahlgeschenke zu machen, um der CDU/CSU den Wahlsieg zu sichern.

Diese Wahlgeschenke allerdings wurden nach der Wahl in erheblichem Umfang wieder rückgängig gemacht. In dem neuen Gutachten wird der Vorschlag, die gewerkschaftliche Lohnpolitik an Leitlinien zu orientieren, wiederholt. Dabei vertreten die Sachverständigen die Auffassung, die durchschnittliche Lohnsteigerung dürfe nicht über die Grenze hinausgehen, die durch die Produktivitätssteigerung und die internationale Geldentwertung abgesteckt sei. Nimmt man die jährliche Produktivitätssteigerung mit 4 Prozent und die internationale Geld-

entwertung mit 2 bis 3 Prozent an, so würde — nach Auffassung der Professoren — die Lohnleitlinie 6 bis 7 Prozent Lohnsteigerung anzeigen. Nur wenn die inflationistische Entwicklung in der Bundesrepublik nach außen abgeschirmt werde und geringer ausfälle als der internationale Durchschnitt, könne die Lohnleitlinie um diesen Betrag auch unter der 6- bis 7-Prozent-Grenze bleiben.

Sicherlich entspricht eine derartige „Leitlinie“, die auf den Lohn beschränkt ist, keineswegs den Interessen der Lohn- und Gehaltsempfänger. Mit Recht haben die Gewerkschaften darauf hingewiesen, daß dem Problem der Geldwertstabilität allein durch die Einschränkung der hohen Staatsausgaben, und hier vornehmlich des Rüstungsetats, beizukommen wäre. Aber auch die Geschäftsberichte der Konzerne, die hohe Profitraten anzeigen, lassen weitere Möglichkeiten erkennen.

Von Kürzungen der Rüstungsausgaben will die Regierung Kiesinger/Brandt allerdings nichts wissen. Sie vertritt

### 70 Jahre Eisenbahner-Gewerkschaft

Die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) feierte am 13. Januar den 70. Jahrestag ihrer Gründung. An diesem Tag war im Jahre 1897 in Hamburg der Verband der Eisenbahner Deutschlands, der Vorgänger der heutigen GdED, gegründet worden. Er war die erste regionale gewerkschaftliche Kampforganisation der Eisenbahner in Deutschland. Erst am 27. Juni 1925 wurde der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands geschaffen, der später durch die Faschisten ebenso aufgelöst wurde wie alle übrigen Gewerkschaften.

1948 schließlich wurde die heutige Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands gegründet, die dem DGB angehört. Sie zählt zur Zeit 430 000 Mitglieder: Arbeiter, Angestellte und Beamte.

die abwegige Meinung, daß Stabilität im Wachstum vor allem von dem „engen Zusammenwirken der Tarifpartner“ abhängt, davon nämlich, daß die Tarifpartner sich nach den Orientierungsdaten richten, die ihnen von der Regierung aufgegeben werden. Die tatsächlichen Quellen der Inflation aber, wie der überhöhte Staatsverbrauch, hohe Außenhandelsüberschüsse und die sich aus dem Drang nach Maximalprofiten ergebenden Preissteigerungen sollen in diesen Orientierungsdaten außer Betracht bleiben.

Dabei weisen auch die Sachverständigen in ihrem Gutachten ausdrücklich darauf hin, daß es viele miteinander verflochtene Inflationsquellen gibt und es darum falsch sei, die Inflationsproblematik einseitig zu betrachten. Lohn erhöhungen haben in Deutschland noch nie zur Inflation geführt, wohl aber Rüstung, Krieg und Kriegsfolgen.

Auch der sozialdemokratische Wirtschaftsminister, Professor Schiller, spricht von der Verpflichtung zur „konzentrierten Aktion“, das heißt, daß sich die Tarifpartner mit „Unterstützung der Regierung und des Sachverständigenrates Orientierungsdaten erarbeiten“. Ginge es Regierung und Unternehmern tatsächlich darum, gemeinsam mit den Gewerkschaften nicht nur die Lohnpolitische, sondern die wirtschaftspolitische „Leitlinie“ auszuarbeiten, die alle wirtschaftlichen Seiten berührt, wäre den Gewerkschaften gewiß zu empfehlen, hierbei mitzuwirken. Hieraus könnte sich sogar eine überbetriebliche Mitbestimmung entwickeln, die von den Gewerkschaften bekanntlich seit Jahren gefordert wird. Aber bisher denkt die Regierung auch nicht im mindesten daran, die Gewerkschaften mitbestimmen zu lassen und sie nach ihrer Meinung zu fragen, von welcher Seite die Geldentwertung bekämpft werden soll.

Im Gegenteil: Den Gewerkschaften wurde bisher nicht einmal ein Lohnzuwachs in der Höhe der von den Sachverständigen errechneten Leitlinie zugestanden, vielmehr möchten die Unternehmerverbände mit Unterstützung der Regierung das Maximum der Lohnsteigerung auf 4 Prozent festlegen. Für die Gewerkschaften ist es aber unerlässlich, bei ihren Lohnforderungen, neben der Steigerung der Produktivität, die nach wie vor anhaltenden Preissteigerungen und den Geldwertverlust zu berücksichtigen. Sie können eine Verantwortung für die Stabilität der Währung nicht anerkennen, wenn ihnen gleichzeitig das Recht zur wirksamen Mitbestimmung auf diesem Gebiete vorerthalten wird. Lohnleitlinien, die ohne ihr Zutun aufgestellt werden und die Unternehmern und Regierung nur dazu dienen sollen, hohe Profite zu sichern und den Rüstungshaushalt zu finanzieren, können für die Gewerkschaften nicht verbindlich sein, denn sie gefährden ihren Auftrag, im Interesse ihrer Mitglieder den sozialen Standard zu erhalten.

# Was wird mit den Arbeitslosen?

## Die Arbeitslosigkeit muß wieder neu durchdacht werden Gewerkschaftliche Betreuung der Erwerbslosen notwendig

Die Arbeitsämter haben wieder viel zu tun. Ihre laufenden Berichte sprechen von steigenden Arbeitslosenzahlen. Die Tagespresse berichtet von immer neuen Massenentlassungen. Es gibt wieder eine Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik. Mitte Januar waren rund 600 000 Arbeitswillige ohne Beschäftigung; das entsprach einer Arbeitslosenquote von 2,6 Prozent. Seit den Jahren um 1950 ist das eine ungewöhnliche Erscheinung, mit der sich nun die Gewerkschaften näher werden befassen müssen.

Die neue Welle der Erwerbslosigkeit ist noch keineswegs gestoppt, und man ist sich in Staat und Wirtschaft nicht sicher, ob sie überhaupt so bald zu bremsen sein wird. Die Zunahme der Arbeitslosenziffer war in den letzten Wochen frappierend. Von Mitte Dezember 1966 bis Mitte Januar 1967, also binnen vier Wochen, stieg sie von 327 000 auf 578 400. Ende Januar 1966 waren es 268 000 Erwerbslose gewesen oder 1,2 Prozent. Daran wird deutlich, daß die größere Zahl der Arbeitslosen nicht saisonbedingt ohne Erwerb ist, sondern infolge der Krisenentwicklung entlassen wurde.

Von Woche zu Woche vergrößert sich das Heer der Opfer einer falschen Wirtschaftspolitik. Hatten Wirtschaftsinstitute und die Bundesanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung im November vergangenen Jahres mit etwa 800 000 Arbeitslosen in der Talsohle der Flauft gerechnet, so wird man sich heute bereits auf 1 Million einrichten müssen. Schon gibt es im Ruhrgebiet, das auf Grund der wirtschaftlichen Struktur besonders hart betroffen ist, Städte mit einer Arbeitslosenquote von 4 bis 5 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung, wie etwa in Gelsenkirchen. Gleichzeitig besteht auf Grund der einseitigen Wirtschaftsstruktur so gut wie keine Aussicht, die Betroffenen in anderen Branchen unterbringen zu können. Die offenen Stellen werden immer weniger; gesucht werden ganz andere Fach- und Spezialkräfte, als der Arbeitsmarkt sie zu bieten vermag.

Diese skizzenhafte Darstellung der Situation am Arbeitsmarkt läßt bereits eine umfangreiche Problematik sowohl für die Arbeitslosen selbst als auch für jene ahnen, die berufen sind, sich dieser Menschen und ihrer Probleme anzunehmen: die Gewerkschaften und — selbstverständlich — der Staat, dessen Fürsorgepflicht ihn dazu bestimmt.

Wie sehr der Gesetzgeber diese Fürsorgepflicht vernachlässigt hat, verdeutlicht die allgemeine Ratlosigkeit und Untätigkeit, die sich in Bonn in bezug auf die Arbeitslosigkeit aus-

gebreitet hat. Die gesetzlichen Regelungen sind völlig unzureichend. So erhält ein lediger Arbeitsloser nur 40 Prozent seines letzten Nettoarbeitsentgelts. Ein Verheirateter mit zwei Kindern, der 300 DM brutto die Woche verdient hat, bekommt höchstens 137,70 DM Unterstützung wöchentlich. Die Bemessungsgrenze für das Arbeitslosengeld liegt bei 300 DM in der Woche bzw. 1300 DM im Monat. In der Regel ist der Einkommensabfall bei Erwerbslosigkeit so drastisch, daß der bisherige Lebensstandard durch den Betroffenen nicht annähernd aufrechterhalten werden kann.

Der DGB ist in dieser Frage bereits initiativ geworden und hat die Heraufsetzung der Arbeitslosenunterstützung auf zwei Drittel des Bruttoeinkommens verlangt. In einem ersten Ansatz von Initiative hat auch Bundesarbeitsminister Katzer eine Aufbesserung der Unterstützungsätze auf zwei Drittel des Nettoeinkommens verfolgt, ist jedoch damit gescheitert. Eine sanfte Verwarnung durch Kiesinger, Katzer möge nicht so vorlaut in der Öffentlichkeit reden, und mangelnde Unterstützung durch sozialdemokratische Minister haben diesen CDU-Politiker erst einmal zur Erfolglosigkeit verurteilt.

Ahnlich trostlos sieht es in den Bonner Ministerien aus, wenn man danach fragt, was denn nun getan werden soll, um die teils durch Automation, teils durch Mißwirtschaft freigesetzten Arbeitskräfte mit gezielten Bildungshilfen und Umschulungsmaßnahmen für andere Berufe und die Wiedereingliederung in das Erwerbsleben zu qualifizieren. Es herrscht Ratlosigkeit und fehlende Voraussicht auf der ganzen Linie. Aber auch die infolge Rüstungs- und Notstandskosten leeren Kassen diktieren das passive Verhalten der verantwortlichen Minister: es ist kein Geld für alle diese notwendigen Schritte da, die gegangen werden müssen, wenn es nicht zu einer sozialen Katastrophe riesigen Ausmaßes kommen soll.

Die Erwerbslosigkeit infolge Absatz- und Auftragsmangels ist ja nur die eine Seite dieses Problems. Sie ist gewissermaßen der Anlaß, um noch deutlicher die andere Seite zu erkennen: die Arbeitslosigkeit, die der tech-

nische Fortschritt verursacht. Schon jetzt werden jährlich 1,5 Millionen Arbeitskräfte durch Automation und Rationalisierung freigesetzt. Ihre Wiedereingliederung in die Wirtschaft macht immer größere Schwierigkeiten, nicht zuletzt, weil viele traditionelle Berufe aussterben und eine rechtzeitige Umschulung der Arbeiter und Angestellten auf neue Tätigkeiten nur unzureichend oder überhaupt nicht erfolgt. Die bisher gebräuchlichste Lösung, die vorzeitige Pensionierung mit 55 und 60 Jahren, wird man nicht endlos weiterpraktizieren können.

Hiermit ist nur angedeutet, wie wichtig gerade die berufliche Weiterbildung, Umschulung und sonstigen berufsbezogenen Förderungsmaßnahmen zur Abwendung der technologischen Arbeitslosigkeit sind. Der Gesetzgeber wird umgehend den gesamten Fragenkomplex der Arbeitslosigkeit unter den spezifischen Bedingungen der technischen Revolution neu durchdenken müssen, um die notwendigen Folgerungen ziehen zu können.

Ohne Zweifel haben in dieser Beziehung die Gewerkschaften, insbesondere der DGB, ein großes Betätigungsfeld vor sich. Die Hunderttausende Arbeitslose, die es heute schon gibt und die möglicherweise fortan dieses Wirtschaftssystem wieder stärker kennzeichnen werden, können nicht sich selbst überlassen bleiben. Der DGB und die betreffenden Gewerkschaften sollten, vielleicht durch die Bildung von Erwerbslosenausschüssen, sich um die organisatorische Erfassung dieser großen Arbeitnehmergruppe bemühen. Die Arbeitslosen müssen die Überzeugung gewinnen, daß sie nicht alleingelassen werden und daß ihre beste und wirksamste Interessenvertretung die Gewerkschaften sind.

Zu diesem Zweck wären, wo die Voraussetzungen dazu bestehen, besondere Arbeitslosenversammlungen des DGB oder der Einzelgewerkschaften angebracht. Es gilt dabei, die Sorgen und Nöte der Arbeitslosen genau kennenzulernen und ihre Forderungen in aller Öffentlichkeit zu formulieren und an die verantwortlichen Stellen heranzutragen. Keinen Aufschub duldet die schon erwähnte Erhöhung der Unterstützungsätze. Man sollte auch die Frage aufrütteln, ob nicht die Beläge zur Arbeitslosenversicherung, die heute je zur Hälfte von Arbeitnehmern und Betrieb gezahlt werden, künftig von den Unternehmen allein aufgebracht werden sollten. Die Arbeitnehmer haben in der Wirtschaft keinerlei Verfügungsrrecht, um bei der Abwendung von Arbeitslosigkeit mitzufließen zu können.

Das sind nur einige Gesichtspunkte einer Problematik, die sich immer stärker in den Vordergrund drängt und die ganz besonders von den Gewerkschaften solidarischen Einsatz verlangt.

## **Arbeitslosengeld muß endlich erhöht werden**

Die angesichts der steigenden Zahl von Arbeitslosen in letzter Zeit mehrfach vom DGB erhobene Forderung nach einer Erhöhung des Arbeitslosengeldes hat jetzt durch die SPD-Bundestagsfraktion Unterstützung erfahren. Der Vorstand der Fraktion hat der CDU/CSU vorgeschlagen, das Arbeitslosengeld auf einheitliche 55 Prozent des letzten Nettoverdienstes festzusetzen. Der DGB fordert allerdings in seinem Aktionsprogramm eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf zwei Drittel des Bruttoverdienstes. Jetzt werden einem Arbeiter, der 500 DM verdient hat, nur 42,4 Prozent seines Lohnes als Arbeitslosengeld gezahlt, einem Angestellten, der 1800 DM verdiente, nur 26,6 Prozent seines Gehaltes.

Der Vorschlag der SPD-Bundestagsfraktion wäre durch eine Gesetzesinitiative der Koalitionsfraktionen sofort und schnellstens zu verwirklichen. Doch wird die CDU/CSU mitmachen? Arbeitsminister Katzer wurde von Kanzler Kiesinger zurückgepfiffen, weil er einen Plan seines Ministeriums veröffentlichte, das Arbeitslosengeld um 20 Prozent zu erhöhen.

Dabei würde die Erhöhung des Arbeitslosengeldes den Staat keinen Pfennig kosten. Im „Sabelturm“ befinden sich rund 6,5 Milliarden DM, während die Verwirklichung des SPD-Vorschlags nur 450 Millionen DM kostet. Doch will die CDU/CSU davon noch mehr als zwei Milliarden DM mit dem „Stabilisierungs“-Gesetz unter die Verfügung der Bundesbank stellen, nachdem bereits 463 Millionen DM Gelder der Arbeitslosenversicherung für Fremdaufgaben zwangsweise abgezogen werden (s. „Arbeitslosenunterstützung ungenügend“, NA Nr. 12/1966).

Der Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, Balke, forderte dagegen im Vorjahr eine Herabsetzung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, die je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen werden. Im DGB-Grundsatzprogramm wird jedoch zu Recht gefordert, daß die Unternehmer allein die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung aufbringen. Den Arbeitnehmern wird die wirtschaftliche Mitbestimmung verweigert. Also müßten auch die Unternehmer und der Staat allein für die Folgen und Kosten der „freien“ Unternehmerwirtschaft und Bonner Wirtschaftspolitik aufkommen. A. B.

## **Vorgesmack vom Notstand**

Betriebsratsmitglieder haben das Recht, im Gespräch mit Arbeitskollegen im Betrieb politische Fragen zu erörtern und ihre Meinung zu sagen. Das ist der Tenor eines Urteilsspruchs des Landesarbeitsgerichts Frankfurt gegen das US-amerikanische Unternehmen Honeywell in Dörnigheim bei Hanau. Damit wurde auch in zweiter Instanz die fristlose Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden Rolf Knecht durch Honeywell für nichtig und widerrechtlich erklärt. Die Geschäftsleitung will jetzt vor das Bundesarbeitsgericht gehen.

Dem Betriebsratsvorsitzenden Knecht, Vertrauensmann und Delegierter der IG Metall, die sich klar auf seine Seite gestellt hat, war von der Geschäftsleitung vorgeworfen worden, er betreibe „kommunistische Agitation“ und sei „Vertrauensmann des FDGB“. Knecht war im April vergangenen Jahres in einer Blitzaktion, ohne vorherige Unterrichtung der übrigen Betriebsratsmitglieder, auf Geheiß der Geschäftsleitung vom Werkschutz aus dem Betrieb gewiesen worden. In dem Prozeß Knechts gegen die Geschäftsleitung wurden — offenbar in enger Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz — allerlei Details aus dem politischen „Vorleben“ des Klägers zusammengetragen in der unverkennbaren Absicht, ein abschreckendes antikommunistisches Exempel zu statuieren.

Das Arbeitsgericht lehnte es jedoch ab, die vagen und abwegigen Beschuldigungen gegen Knecht, die mit seiner Tätigkeit als Betriebsratsvorsitzender nichts zu tun hatten, in die Erwägung einzubeziehen. Auch der konkrete Vorwand für Knechts Entlassung löste sich in ein Nichts auf. So blieb dem Gericht nichts anderes, als der Firma — wie zuvor schon in erster Instanz — zu bescheinigen, daß sie mit der Entlassung Knechts außerhalb der Legalität gehandelt hat und diese darum als nichtig anzusehen sei. Zweifellos handelt es sich im Falle Honeywell um einen typischen Versuch, sich mit Hilfe billiger Gesinnungsschnüffelei eines konsequenten Gewerkschafters zu entledigen. Der Vorwurf der „parteilichen“ Beteiligung muß immer dann herhalten, wenn es sich dabei nicht um die CDU-Meinung handelt.

Die Zeitung „Metall“, das Organ der IG Metall, schrieb in der Nr. 1 vom 10. Januar 1967 treffend:

„Der Prozeß hinterläßt einen finsternen Spuk: Die geheimdienst geförderte Entlassung eines besonders aktiven Betriebsratsvorsitzenden, unter Vorwürfen, gegen die er sich wegen ihrer Unbestimtheit nicht wehren kann, die aber seine Existenz vernichten können. Ein kleiner Vorgesmack vom Notstand!“

## **Kriegsopfer wehrten sich mit Erfolg gegen Rentenabbau**

Wie stark die antisozialen Tendenzen in Regierung und Ministerialbürokratie der Großen Koalition sind, hat der geplante Abbau der Renten der zu 30 und 40 Prozent erwerbsgeminderten Kriegsbeschädigten schlagartig erhellt. In der Weimarer Republik wurde auch den 20 Prozent erwerbsgeminderten Kriegsbeschädigten eine Rente gezahlt, so wie es heute auch noch in der Unfallversicherung üblich ist.

Mit Recht haben VdK und Reichsbund bei ihrem Protest gegen den geplanten Rentenabbau darauf hingewiesen, daß es eine Täuschung der Öffentlichkeit und des Volkes ist, wenn Beschädigungen, die mit 30 oder 40 Prozent Erwerbsminderung bewertet werden, als leichte oder gar „Bagatellschäden“ abgetan werden. Gehören doch dazu solche erheblichen Schädigungen wie der völlige Verlust eines Auges bzw. der Sehkraft auf einem Auge oder einer Niere, die Amputation eines Fußes, aller Zehen beider Füße, aller Finger einer Hand und die oft starke Behinderungen verursachenden Bewegungseinschränkungen oder Versteifungen von Gelenken an Schulter, Armen, Beinen u. a. m. Gezahlt werden dafür ab 1. Januar dieses Jahres, nach der Erhöhung durch das 3. Neu-

ordnungsgesetz ganze 53 DM oder 70 DM im Monat an Rente. In den USA werden zum Beispiel bei Verlust oder Erblindung eines Auges 516 DM Rente, in Großbritannien 131 bis 232 DM, Frankreich 167 DM, Japan 105 DM gegenüber den 53 DM in der Bundesrepublik gezahlt.

Auch die Kriegsopferverbände sollten sich jedoch mit dem errungenen Erfolg nicht zufrieden geben. Zwar hat die Regierung Kiesinger auf den Entzug der Kriegsbeschädigtenrenten verzichtet. Doch die Finanzmisere in Bonn ist nicht überwunden, weil sie Folge einer verfehlten Politik ist. Mit den Gewerkschaften gemeinsam sollten daher die Kriegsopferverbände nicht nur jedem sozialen Abbau entgegentreten, sondern auch ihre Kraft für eine Änderung der Politik in die Waagschale werfen. -pp-

## **Hoher Exportüberschuß**

Den höchsten Ausfuhrüberschuß seit 1961 hat die bundesdeutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr erzielt. Bei Ausfuhren im Wert von 80,6 Milliarden DM und Einführen für 72,7 Milliarden DM betrug der Exportüberschuß 7,9 Milliarden DM. Im Jahre 1965 übertraf die Ausfuhr die Importe um nur 1,2 Milliarden.

# Gewerkschaftstag der IG Bergbau

**Statt Schrumpfungspläne neue Wege zur Energiepolitik  
Bergarbeiter erwarten von den Delegierten klare Beschlüsse**

Angesichts der bedrohlichen Situation in den westdeutschen Steinkohlenrevieren hat die IG Bergbau und Energie ihren Gewerkschaftstag vorzeitig zum 22. Februar nach Bonn einberufen. Ziel der Beratungen ist es, die energiepolitischen Vorstellungen der Gewerkschaft neu zu formulieren.

Auch im zehnten Jahr der Kohlenkrise gibt es keine Ansätze für eine Wende in der Energiepolitik, deren oberstes Ziel die Erhaltung der heimischen Energieträger sein müßte. Die Regierungserklärung von Bundeskanzler Kiesinger, in der die ungelösten Energieprobleme mit ganzen fünf Sätzen abgetan wurden, die Weigerung von Bundeswirtschaftsminister Schiller, der Kohle eine feste Absatzgarantie zu geben und die Bereitstellung von Bundesmitteln für Zechenstilllegungen zeigen, daß auch die Regierung Kiesinger/Brandt nicht bereit ist, dem Bergbau die dringend erforderlichen Hilfen zu gewähren.

Nach der Stilllegung von bisher 58 Großschachtanlagen mit einer Jahresförderung von 33,4 Mill. t sowie von 149 Kleinzechen, 21 Kokereien und 11 Brikettfabriken und dem damit verbundenen Rückgang der Gesamtbelegschaft um mehr als 250 000 Arbeiter und Angestellte, steht nur im Bergbau die bisher größte Stilllegungswelle bevor. Wie aus Kreisen des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau bekannt wurde, sollen nochmals 25 bis 30 Millionen t Förderkapazitäten vernichtet werden. Das würde die Stilllegung von mehr als einem Viertel aller noch fördernden Schachtanlagen und die Entlassung von rund 70 000 bis 80 000 Bergarbeitern bedeuten, für die es jedoch in den westdeutschen Kohlegebieten kaum Arbeitsplätze gibt.

Um diese großangelegte Schließungsaktion zu beschleunigen, wurde noch auf Anregung von Ex-Kanzler Erhard die sogenannte Aktionsgemeinschaft Deutscher Steinkohlenreviere gegründet. Ihre Aufgabe ist es, durch die Zahlung von Stilllegungsprämien die Bergbaukonzerne zu forcierten Zechenstilllegungen zu veranlassen. Eigens zu diesem Zweck hat die Regierung Kiesinger allein für 1967 rund 140 Millionen DM aus Bundesmitteln bereitgestellt. Hinzu kommen weitere Steuervergünstigungen, die für den Zeitraum bis 1971 etwa 450 Millionen DM ausmachen. Diese Millionen-Geschenke verfolgen nur ein einziges Ziel: Sie sollen den Großaktionären aus dem geplanten Zechensterben Gewinne garantieren, die höher sind als die aus der Förderung von Kohle.

Damit die Hauptursache für den Niedergang der inländischen Kohle, nämlich die auf Profit beruhende kapitalistische Privatwirtschaft, beseitigt

wird, muß es zu einer Überführung des Bergbaus in Gemeineigentum kommen, wie es beispielsweise in der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen vorgesehen ist. Darum sollte der Gewerkschaftstag der IGBE die sozialdemokratisch geführte Landesregierung von NRW auffordern, in dieser Richtung entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Selbst auch eine Bergbau-Einheitsgesellschaft, in der das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaft gesichert ist, wäre schon ein Fortschritt. Eine einheitliche Bergbaugesellschaft bietet folgende Vorteile:

- Aufspaltung der alten Feldergruppen unter Tage und Schaffung optimaler Betriebsgrößen,
- eine Förderprogrammierung unter Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Anforderungen,
- eine durchdachte und gezielte Investitionspolitik an Stelle der bisherigen verzettelten Investitionen,
- optimaler Einsatz moderner Abbaugeräte und Einrichtung einer Maschinenausgleichsstelle,
- zentrale Steuerung der Abteuf-, Vor- und Ausrichtungsarbeiten,
- Intensivierung der Bergbauforschung,
- sinnvolle und gezielte Subventionspolitik und
- Konzentration des Kohleverkaufs.

Durch die Bergbau-Einheitsgesellschaft, deren Geschäftspolitik sich im Einklang mit den gesamtwirtschaftlichen Interessen vollziehen müßte, könnten

die Förderkosten um etwa 25 Prozent gesenkt werden. Das würde bedeuten, daß die inländische Kohle mit den ausländischen Energieträgern konkurrieren kann, wodurch zugleich auch der Expansion der internationalen Ölkonzerne Grenzen gesetzt werden könnten. Die Existenz einer einheitlichen Gesellschaft würde schließlich auch die sozialen Belange der Bergarbeiter besser berücksichtigen und sicherstellen, daß die vom Land Nordrhein-Westfalen beschlossenen Bergbau-Hilfen voll wirksam werden.

Parallel zur Neuordnung im Bergbau müßte der Gewerkschaftstag der IGBE noch einmal die bekannten, aber bis heute unrealisiert gebliebenen kurz- und langfristigen energiepolitischen Forderungen der Bergarbeiter bekräftigen. Dazu gehören:

- Auflösung der Aktionsgemeinschaft Deutscher Steinkohlenreviere,
- Einstellung der Zahlung von Stilllegungsprämien durch Bund und Länder,
- Einfuhrstopp für US-Kohle,
- Kontingentierung der Roh- und Heizoleinfuhren,
- Lizenzierung der Raffinerie-Neubauten,
- Gewährung einer Absatzgarantie für den Bergbau in Höhe von 140 Millionen Jahrestonnen,
- Subventionierung der Kokskohle,
- Erhöhung der Kohlenbezüge durch die Länder der Montanunion,
- Errichtung von Kohlekraftwerken,
- Schaffung eines Energiewirtschaftsrates, der das Zusammenwirken aller Energieträger koordiniert.

Die Delegierten des Gewerkschaftstages haben von der Mitgliedschaft den festen Auftrag erhalten, durch entsprechende Beschlüsse die Weichen für eine neue Energiepolitik zu stellen. Von ihren Entscheidungen wird es abhängen, ob nun auf dem Kongreß den Schrumpfungsplänen von Ruhrkonzernen und Bundesregierung ein Programm der IGBE zur Erhaltung des Bergbaus gegenübergestellt wird. B.

## Fast zehn Jahre Kohlenkrise

Das vergangene Jahr hat den Beschäftigten im Steinkohlenbergbau Hunderttausende Feierschichten mit Lohnverlust in Höhe vieler Millionen DM gebracht. Die Lage am Beginn 1967 ist nicht besser; Stilllegungen und Feierschichten beherrschen auch in diesem Jahr wieder das wirtschaftliche Geschehen an der Ruhr. Diese Vorgänge werfen ein bezeichnendes Licht auf einen Industriezweig, der seit beinahe zehn Jahren ununterbrochen in der Krisensituation steht. .

Noch im Jahre 1957 gab es im westdeutschen Bergbau mehr als 550 000 Bergarbeiter, die in den Steinkohlenzechen beschäftigt waren. Gegenwärtig ist die Zahl der Steinkohlenkumpel unter die Grenze von 300 000 gesunken. Allein die Zahl der Arbeiter unter Tage ist mit augenblicklich rund 190 000 nur noch halb so groß

wie im Jahre 1957, als sie mehr als 380 000 betrug.

Trotz dieser Freisetzung von Bergleuten, die gerade in der letzten Zeit in einem besonders schnellen Tempo vor sich ging, sind die Kohlen- und Kokshalden in jüngster Zeit zu neuen Rekordhöhen angeschwollen. Etwa 24

Millionen Tonnen sind im Augenblick als nicht verkäuflich aufgehoben. In allen Ländern der Montanunion zusammengekommen sind es mehr als doppelt soviel.

Diese Situation ist in all den Jahren der Kohlenkrise nie besser, sondern immer schlechter geworden. Hier wird ganz deutlich, welche Grenzen dem heutigen Kapitalismus in seinen Bemühungen nach einer Regulierung der ökonomischen Prozesse gezogen sind. Denn es wäre völlig falsch, lediglich die Gegensätze zwischen den Kohle- und Ölinteressen zu sehen. Darum geht es nur an der Oberfläche, zumal in zahlreichen Fällen beide Interessen unter einem Konzerndach vereinigt sind.

Es geht in erster Linie um den Gegensatz zwischen einer von volkswirtschaftlichen Erfordernissen bestimmten nationalen Energiepolitik und kapitalistischer Profitmacherei. Mit Steuergeldern werden Steinkohlenzechen stillgelegt, das Zechensterben wird zu einem profitablen Geschäft für die privatkapitalistischen Eigentümer dieser Bergwerke. Alle Lasten werden aber auf die Bergleute abgewälzt. Einer der traditionsreichsten und nach wie vor lebenswichtigen Industriezweige bleibt dabei im Interesse des Profits auf der Strecke.

Ein Beispiel mag hier für viele stehen. Die Steinkohlenzeche „Graf Bismarck“, die vor kurzem für immer ihre Tore schloß, hat ihrer Muttergesellschaft, der Deutschen Erdöl AG, in den letzten Jahren durchschnittlich 7 bis 8 Millionen DM an Gewinn eingebracht. Durch die Stilllegung kassiert der DEA-Konzern aber auf einen Schlag 150 Millionen DM, praktisch die Dividende von 20 Jahren, und zwar in Form der staatlichen Stilllegungsprämie, durch die Veräußerung seiner Kohlenquote im Verkaufskartell und schließlich durch den Verkauf von Grundstücken, Gebäuden, Maschinen und Einrichtungen.

Derartige Stilllegungen konnte man lange Zeit hindurch als völlig planlos bezeichnen, denn nicht selten sind noch wenige Monate zuvor in den dann stillgelegten Schachtanlagen umfangreiche Investitionen getätigt worden. In letzter Zeit bemerkte man in dieser Hinsicht sehr deutlich die planende und ordnende Hand der einzelnen Konzernverwaltungen, es wurden die Zechen des Konzerns zum Sterben verurteilt, die die geringste Leistung brachten, was die vorherige Feststellung über den Gegensatz zwischen volkswirtschaftlichen Erfordernissen und monopolistischer Profitmacherei nicht abschwächt, sondern nachhaltig unterstreicht.

Anfang November teilte die Tochtergesellschaft der staatlichen VEBA, die Hibernia AG in Herne mit, daß sie ihre Schachtanlage Möller-Rheinbaben zum März 1967 stilllegen werden; die

Zeche Shamrock soll dann einige Monate später, aber ebenfalls noch 1967, folgen. Damit werden allein von diesem einen staatlichen Unternehmen im Laufe des nächsten Jahres 6200 Bergarbeiter freigesetzt. Das ist der Auftakt für eine neue Stilllegungswelle, der 1967 an der Ruhr insgesamt 30 bis 40 Millionen Tonnen Jahresförderung und etwa 40 000 Bergarbeiter zum Opfer fallen sollen. Und es ist keinesfalls ein Zufall, daß ein Staatsunternehmen bei dieser vorerst letzten Runde zur „Lösung der Kohlenkrise“ den Vorreiter macht. Denn schließlich sind Stilllegungen der wesentlichste Teil der Bonner Energiekonzeption.

Wie weit dieses Konzept aber von jedem volkswirtschaftlichen Denken entfernt ist und sich allein am Profitdenken der Konzerne orientiert, ist daraus zu ersehen, daß die jetzt auf die Sterbeliste gesetzte Zeche Möller-Rheinbaben eine Schichtleistung je Arbeiter unter Tage von 3,1 Tonnen aufzuweisen hat. Damit rangiert sie zwar im Hibernia-Konzern mit an letzter Stelle. Im Rahmen des gesamten westdeutschen Bergbaus aber gehört sie zu den wenigen Zechen, deren Leistungskurve die „Traumgrenze“ von 3 Tonnen bereits überschritten hat.

Planung und Ordnung ist folglich nur im Konzern gefragt, nicht aber in der gesamten Wirtschaft. Und unter diesem Aspekt muß man auch die Ankündigung betrachten, daß die freizusetzenden Arbeiter, soweit sie das 55. Lebensjahr noch nicht überschritten haben und ein vorzeitiges Altersruhegedikt erhalten können, „nach Möglichkeit“ auf anderen Anlagen des Hibernia-Konzerns Beschäftigung finden sollen. Eine Maßnahme zur Verhinderung sozialer Notlagen? Keineswegs, wie am 4. November ein wirtschaftspolitischer Kommentator der „Welt“ einschätzte: „Bergleute werden neue Arbeitsplätze suchen und finden. Bergmänner sind am Arbeitsmarkt begreift. Sie werden aber in ihren neuen Betrieben andere Arbeitskräfte ablösen und mehr ‚Minderleister‘ als bisher an die Arbeitsämter verweisen.“

Eine Reservearmee von freigesetzten Bergleuten soll also einen Druck auf den Arbeitsmarkt ausüben. Lohn- und sozialpolitische Forderungen sollen damit auch in anderen Industriezweigen gebremst werden. Die „Titanenarbeit einer radikalen Zechenstilllegung“, die bis zu den nächsten Bundestagswahlen im Jahre 1969 beendet sein soll, dürfte also erhebliche Auswirkungen auf die Lage aller westdeutschen Arbeiter haben. Um so notwendiger ist es daher für die gesamte organisierte Arbeiterbewegung, äußerst wachsam zu sein und eigene Vorstellungen nicht nur zu entwickeln, sondern auch durchzusetzen. Denn die Gefahr ist sehr aktuell, daß den Monopolen ihr Plan gelingt.

H. S.

## Kein Silberstreif

Nach mehreren Monaten Konjunkturschwund und schließlicher Stagnation in zahlreichen Branchen, spricht der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in seinem neuesten Lagebericht bereits von „Rezession in weiten Bereichen“ der Wirtschaft. Am Konjunkturhimmel ist noch kein Silberstreif zu sehen. Die Diskontsenkung der Bundesbank und die Verringerung der Mindestreserven waren lediglich winzige Tropfen auf einen heißen Stein. Weitere konjunkturpolitisches Maßnahmen, wie die Aufstellung eines Eventualhaushaltes, deren Wirkungen sich noch erst erweisen müssen, sind aus dem Gesprächsstadium noch nicht heraus. Mit Gesundeten ist es aber nicht getan.

Noch werden die Auftragspolster von Woche zu Woche dünner. In der Investitionsgüterindustrie, im Baugewerbe, in der verarbeitenden Industrie, in der Textilwirtschaft und vielen anderen Bereichen geht die Auftragsentwicklung weiter abwärts; auch die Produktionsergebnisse erreichen die jeweilige Vormonatshöhe nicht mehr. Die Arbeitslosenziffer ist von Dezember auf Januar um 250 000 gestiegen. Die Zahl der Kurzarbeiter nimmt ebenfalls zu. Schon sind seit dem Herbst mehrere hundert kleine und mittlere Betriebe mehr als üblich bankrott gegangen. Durch die Verweigerung spürbarer Lohnerhöhungen bleibt auch von dieser Seite eine Belebung der Inlandsnachfrage aus. Und so nährt die Stagnation den Abwärtstrend.

Ganz offenkundig haben wir es bei den gegenwärtigen Erscheinungen mit den Ansätzen einer neuen zyklischen Krise zu tun. Die nicht genutzten Überkapazitäten in wichtigen Industriezweigen sind dafür typische Merkmale. Die Unternehmer setzen, um ihre Profite zu sichern, die Arbeiter zu Hunderttausenden auf die Straße. Dadurch sinkt die Kaufkraft. Weitere Produktionsseinschränkungen, Entlassungen, Kaufkraftverluste usw. sind die Folge. Die Investitionstätigkeit läßt nach und verschärft die Lage noch weiter. Das geht dann wie im Schneeballsystem.

Noch weiß kein Mensch, wann Regierung und Unternehmer die Dinge in den Griff bekommen werden. Darüber kann eine Anzahl von Monaten, aber auch ein Jahr und mehr vergehen. Die Mehrheit der Bevölkerung, die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften, ist von der Mitbestimmung in der Wirtschaft, ihrer Existenzgrundlage, ausgeschlossen. Diese Tatsache macht einmal mehr deutlich, wie unzeitgemäß und verhängnisvoll es ist, wenn wenige Wirtschaftsbosse und Monopole allein das Steuer der Wirtschaft besetzen halten. Den Gewerkschaften sollte die gegenwärtige Lage neuen Antrieb geben, um endlich die Mitbestimmung der Arbeitnehmer durchzusetzen - et

# Rentendynamik — und warum?

Kein soziales Mietrecht

## Die Gegner haben keine stichhaltigen Argumente Nicht Rentendynamik, sondern Rüstung führt zum Ruin

Schon als zu Beginn des Jahres 1957, vor nunmehr zehn Jahren, die Rentenreform durchgeführt und die dynamische Rente eingeführt wurde, stieß die Rentendynamik auf Kritik und Widerstand, vor allem aus dem Unternehmerlager. Nach der dynamischen Rentenformel ergibt sich eine der Berechnungsgrößen für die Neurenten, die allgemeine Bemessungsgrundlage, automatisch aus der Entwicklung der Löhne und Gehälter der versicherten Arbeiter und Angestellten.

Die allgemeine Bemessungsgrundlage ist der durchschnittliche Bruttojahresarbeitsverdienst aller Versicherten aus dem dreijährigen Zeitraum vor dem Kalenderjahr, das dem Eintritt des Versicherungsfalles vorangegangen ist. Für das Jahr 1967 entspricht also die allgemeine Bemessungsgrundlage dem durchschnittlichen Jahressarbeitsverdienst der Jahre 1963 bis 1965. Die laufenden Renten werden dagegen nicht automatisch der Lohn- und Gehaltsentwicklung angepaßt. Es bedarf dazu jeweils eines Gesetzes. Die Rentengesetze bestimmen, daß ihre Anpassung an die allgemeine Bemessungsgrundlage so erfolgen soll, daß dabei der Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Produktivität sowie den Veränderungen des Volkseinkommens je Erwerbstätigen Rechnung getragen wird.

Die dynamische Rente ist den Forderungen und dem Drängen der Gewerkschaften und Renterverbände zu danken. In dem von der Adenauerregierung vorgelegten ersten Gesetzentwurf für die Rentenreform war lediglich vorgesehen, daß alle fünf Jahre eine Überprüfung stattfinden sollte, ob und in welchem Umfang die Renten zu erhöhen seien. Gewerkschaften und Renterverbände forderten allerdings auch für die laufenden Renten eine automatische Anpassung an die Löhne und Gehälter.

Seit der Rentenreform sind die laufenden Renten jetzt neunmal mit einjährigem Rückstand der allgemeinen Bemessungsgrundlage und damit — wenn auch mit dreijährigem Rückstand — der Entwicklung der Löhne und Gehälter angepaßt worden. Jede Rentenanpassung war von heftigen Attacken der Unternehmerverbände und ihrer Organe sowie ihnen nahestehender CDU-, CSU- und FDP-Politiker gegen die Rentendynamik begleitet. Bei der jetzt durchgeführten 9. Rentenanpassung aber haben die Angriffe gegen die Rentendynamik ihre bisher größte Massivität erreicht und Eingang in die Regierungserklärung des neuen Kabinetts Kiesinger gefunden (s. „Angriffe auf Rentendynamik“, NA 1/1967).

Die Gegner der Rentendynamik behaupten, die Anpassung der Renten an die Lohn- und Gehaltsentwicklung müsse zum finanziellen Ruin der

Rentenversicherung führen. Dieses Argument ist so alt wie die dynamische Rente selbst. In den zu den ersten Rentenanpassungen erstatteten Gutachten des Sozialbeirates war bereits für die letzten Jahre ein Defizit bei den Rentenversicherungsanstalten vorausgesagt worden. Die Praxis hat jedoch diese pessimistischen Prognosen widerlegt. In den zehn Jahren seit der Rentenreform hat sich das Vermögen der Rentenversicherung rund verdreifacht, nämlich von 9 auf mehr als 27 Milliarden DM.

Diese positive Entwicklung der Finanzen der Rentenversicherung — so wird von den Gegnern der Rentendynamik erklärt — werde sich aber in den nächsten Jahren nicht fortsetzen. Einmal wegen des ansteigenden „Rentenberges“, der stärkeren Zunahme der Rentner im Verhältnis zu den Versicherten, zum andern wegen der Stagnation und des Rückgangs in der Entwicklung der Wirtschaft, der Beschäftigtenzahl und der Löhne und Gehälter. Man rechnet damit, daß 1974 48 Versicherten- und Witwenrentner auf 100 Pflichtversicherte kommen, während es 1965 41 waren. Diese ungünstige Entwicklung müßte zu einer starken Erhöhung der Beitragssätze führen, wenn die Rentendynamik nicht abgestoppt würde, erklären die Gegner der Rentendynamik weiter, und damit würde die Sparfähigkeit der Arbeiter und Angestellten und der Zufluß zu dem für die weitere Entwicklung der Wirtschaft entscheidenden Kapitalmarkt erheblich eingeschränkt. Auch der Abbau der Reserven der Rentenversicherung würde sich ungünstig auf den Kapitalmarkt auswirken.

Wenn sich das Verhältnis zwischen der Zahl der Rentenbezieher und der Versicherten in den nächsten Jahren ungünstig entwickelt, so ist das nicht nur darauf zurückzuführen, daß die Menschen heute dank des Fortschrittes der Medizin älter werden, sondern ebenso sehr auf die erhöhte Beanspruchung der arbeitenden Menschen im Produktionsprozeß und die deshalb gefährlich angestiegene Frühinvalidität. Dazu kommt, daß sich in starkem Maße die Folgen der beiden Weltkriege auswirken. Durch die hohen Menschenverluste fehlen der Rentenversicherung zur Zeit 3 Millionen Be-

Wohnungsbauminister Lauritzens, SPD, wurde vom Chef des Kabinetts der Großen Koalition, Kiesinger, öffentlich getadelt, weil er es gewagt hat, für eine stärkere Förderung des sozialen Wohnungsbaus und die Verzögerung des Inkrafttretens der letzten weißen Kreise und die damit verbundene Aufhebung des Mieterschutzes einzutreten. Sicher geht es hier nicht nur um die Wahrung der Richtlinienkompetenzen Kiesingers, der damit recht eindeutig klarstelle, wer in der Großen Koalition den Ton angibt, sondern die Richtung, in der Lauritzens seine Überlegungen anstellt, paßt offensichtlich nicht in das antisoziale Konzept von Kiesinger, Strauß und Schröder.

Wo aber stehen die übrigen SPD-Minister und die SPD-Bundestagsfraktion? Auf der Seite von Lauritzens? Dann hätte zumindest die SPD-Fraktion die Möglichkeit, eine den Vorstellungen von Lauritzens entsprechende Vorlage im Bundestag einzubringen und dafür die Gewerkschaften, Mieterverbände usw. zu gewinnen, oder auf der Seite der CDU/CSU? Das bisherige Schweigen zu der Zurechtweisung Lauritzens durch den CDU-Kanzler ist keine positive Antwort auf diese Frage.

■■■■■  
tragszahler, und Millionen Renten an Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene müssen seit Jahrzehnten vorzeitig gezahlt werden.

Auch die Stagnation unserer Wirtschaft und der Rückgang der Beschäftigtenzahl — ein weiterer Grund für die ungünstige Entwicklung — ist weder von den Rentnern noch von den Versicherten zu verantworten, sondern allein von einer Regierung, die ihre Politik dem Rüstungswahn und den Profitinteressen der Industrie- und Bankenkonzerne unterordnet. Die daraus folgernden ungünstigen finanziellen Auswirkungen müßten daher gerechterweise nicht durch eine Erhöhung der Beitragsätze, sondern der Bundeszuschüsse zu den Ausgaben der Rentenversicherung ausgeglichen werden.

Die Gegner der Rentendynamik aber wollen diese Bundeszuschüsse reduzieren und am liebsten ganz abbauen. Um dafür Unterstützung zu finden, bezeichnen sie die Bundeszuschüsse als Subventionen. Abgesehen davon, daß die Unternehmer natürlich gar nichts dagegen haben, wenn sie selbst für ihre Privatunternehmen aus Steuermitteln recht kräftige Subventionen erhalten, ist es falsch und verlogen, die Zuschüsse des Staates zu den Ausgaben der Rentenversicherung mit Subventionen gleichzusetzen. Die

se Zuschüsse ergeben sich nicht zuletzt aus der Fürsorgepflicht, die jeder Kulturstaat gegenüber seinen alt oder erwerbsunfähig gewordenen Bürgern oder deren Hinterbliebenen hat, die er ohne das Vorhandensein einer Rentenversicherung ganz im Rahmen der öffentlichen Fürsorge oder Sozialhilfe unterhalten müßte, weil es den Arbeitern auf Grund ihres geringen Verdienstes nicht möglich ist, für Alter, Erwerbsunfähigkeit oder Tod auch nur annähernd ausreichende Vermögensrücklagen anzusammeln.

Auch das Argument der Gegner der Rentendynamik, höhere Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung könnten nur durch Steuererhöhungen finanziert werden, entspricht nicht den Tatsachen, denn einmal würden genügend Mittel frei, wenn die Regierung sich dazu verstehen würde, ihre Ausgaben für Rüstung einzuschränken und die Unterstützung der USA in ihrem Krieg gegen Vietnam sowie die Aufwendungen für die Notstandsgesetzgebung einzustellen. Zum andern wäre eine Steuererhöhung zu Lasten der hohen Gewinne und Vermögen immer noch sozial gerechter als die einseitige Belastung der Rentner durch einen wie immer gearteten Rentenstopp und der Arbeiter und Angestellten durch die Erhöhung der Beitragssätze.

Bei jetzt abflachender Lohn- und Gehaltssteigerung werden die Renten stärker als die Verdienste steigen. Das ist aber nur eine vorübergehende Erscheinung, durch die das jahrelange Zurückbleiben der Renten hinter den Löhnen und Gehältern vielleicht etwas ausgeglichen wird. Immerhin haben in der Bundestagsdebatte zum 9. Rentenpassungsgesetz selbst CDU-Arbeitsminister Katzer und der CDU-Abgeordnete Stingl zugegeben, daß das bei der Rentenreform 1957 proklamierte Ziel — 60 Prozent des Arbeitsverdienstes als Rente nach einem erfüllten Arbeitsleben — nicht erreicht worden ist. Es sind zur Zeit noch nicht einmal 50 Prozent des Arbeitsverdienstes, während Gewerkschaften und Renterverbände 75 Prozent fordern.

Schließlich wird von den Gegnern der Rentendynamik behauptet, die Weiterführung der Rentendynamik übersteige und gefährde die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft. Darum fordern sie, die Entwicklung der Renten nicht mehr mit der der Löhne und Gehälter, sondern mit der der Produktivität zu koppeln. Bekanntlich verlangen die Unternehmer das gleiche, aber auch für die Löhne und Gehälter. Mit Recht wird das von den Gewerkschaften zurückgewiesen, weil damit die ungerechte Vermögens- und Einkommensverteilung in der Bundesrepublik zementiert würde. Das gilt natürlich ebenso, wenn nicht noch mehr, für die Rentner, deren Anteil am wirtschaftlichen Gesamtprodukt auch in den letzten zehn Jahren trotz Rentenanpassungen weiter zurückgegangen ist.

A. Böpple

## Riesensummen für die Werbung

Wie das Münchener Ifo-Institut errechnet hat, hat die Wirtschaft und haben Vereine und Organisationen in der Bundesrepublik im letzten Jahr rund 31 Milliarden DM für Werbung ausgegeben. Das sind 10 Prozent mehr als 1965. Diese 13 Milliarden sind etwa 4 Prozent des gesamten Volkeinkommens, 6 Prozent der Brutto-Lohn- und -gehaltssumme, 18 Prozent des Bundeshaushaltes für das laufende Jahr und rund zwei Drittel des Rüstungsetats. Ebenfalls könnte man mit den 13 Milliarden die Bonner Etatsorgen für 1967 gleich zweimal beheben.

Es stellt sich die Frage, ob Werbung in diesen Dimensionen noch toleriert werden darf. Sie läßt nämlich auf überhohe Unternehmergevinne schließen, die man in die Reklame stopft, damit sie nicht von den Finanzämtern „weggesteuert“ werden können. Im übrigen hat die heutige Werbung nichts mehr mit der ursprünglichen Aufgabe, die Verbraucher aufzuklären und auf Produkte aufmerksam zu machen, zu tun. Aufgabe der „modernen“ Werbung, wie sie jetzt praktiziert wird, ist es, die Käufer mit Äußerlichkeiten zu irritieren und nach allen Regeln einer skrupellos angewandten Psychologie zum Kauf zu verleiten.

## Moderne Analphabeten

In einem Kommentar zu der Nachricht, daß der Deutsche Industrie- und Handelstag durch eine repräsentative Umfrage die geistigen „Lücken“ in der Bundesrepublik feststellen will, schrieb die ZEIT, der früher in aller Welt geachtete Begriff „Made in Germany“ werde nicht von der angeblich mangelhaften „Arbeitsmoral“ bedroht, sondern von dem absinkenden Bildungsstand in der Bundesrepublik.

Noch vor Jahrzehnten kam ein hoher Prozentsatz der Nobelpreisträger aus Deutschland. Heute laufen wir Gefahr, bezüglich der Bildung auf das Niveau eines Entwicklungstaates abzusteigen. Zwar kann sich der Bildungsstand gegenüber der Vergangenheit gehalten oder gar erhöht haben, aber im Verhältnis zu Ländern gleicher wirtschaftlicher und industrieller Stufe und gleicher Gesellschaftsstruktur ist die Bundesrepublik zweifellos nicht mehr mitgekommen.

Wenn rund ein Fünftel aller Schüler, die die Grundschule verlassen, nur über eine mangelhafte Kenntnis in der Rechtschreibung verfügt und der gleiche Prozentsatz über unzureichende Fähigkeiten im Rechnen, dann kann man nicht daran zweifeln, daß mit der Bildungspolitik in der Bundesrepublik kein Staat zu machen ist. Wenn die

Bundesregierung einen hohen Anteil des Bundesetats für die Rüstungs- und Notstandspolitik vergeudet, fehlen natürlich die Mittel, um Schulen zu bauen, moderne Lernmittel anzuschaffen, die notwendigen Lehrkräfte heranzubilden und ihrer wichtigen Aufgabe entsprechend zu besolden.

Dazu gehören selbstverständlich eine den Notwendigkeiten der technischen Umwälzung unserer Zeit entsprechende Bildungspolitik und das Bildungsziel ebenso wie die Ausschöpfung der Begabtenreserve aus allen Schichten der Bevölkerung, das heißt also: die von den Gewerkschaften auf zahllosen Kongressen und Konferenzen immer wieder geforderte Liquidierung des „Bildungsmonopols“ der reichen Leute.

## Datenverarbeitung in der DDR

Beim „Ministerium für Elektrotechnik und Elektronik“ ist ein „Staatssekretariat für Datenverarbeitung“ gebildet worden. Leiter des Staatssekretariats ist Dipl.-Ing. Günter Kleiber. Auch das hängt damit zusammen, daß die Wirtschaft der DDR in ein neues Entwicklungsstadium getreten ist. Das neue Wirtschaftssystem der Planung und Leitung, das produktionsgerechte Preise vorschreibt und den Betrieben größere Rechte zuweist, fordert den optimalen Einsatz vorhandener Kapazitäten. Zu diesem Zwecke werden über das gesamte Gebiet der DDR Rechenstationen errichtet, die im Staatssekretariat koordiniert und von diesem Amt auch angeleitet werden.

Zunächst werden in industriellen Ballungsgebieten, so in Dresden, Erfurt und Berlin, solche Zentren aufgebaut. Im Gebiet Erfurt werden in Großbetrieben vier solcher Maschinen arbeiten. Den Rechenzentren steht eine „Arbeitsgruppe Datenverarbeitung“, die sich aus Wissenschaftlern und Männern der Wirtschaft zusammensetzt, beratend zur Seite. Das „Institut für Datenverarbeitung“, eine zentrale wissenschaftliche Einrichtung, ist federführend für die Ausarbeitung der Programme. Es ist geplant, weitere Rechenstationen in der zentral gelegten Industrie aufzubauen; später sollen auch bezirksgleitete Betriebe angeschlossen werden. Das Netz wird sich allmählich über das gesamte Gebiet der DDR erstrecken und untereinander verbunden sein.

Besondere Probleme stellt die Besetzung der Zentren mit wissenschaftlich ausgebildeten Fachkräften. Bis 1970 werden mehr als 4000 Hochschulkräfte benötigt, außerdem werden etwa 5000 Fachschulkräfte gebraucht. Ein „Zentrales Schulungszentrum“ wird für den nötigen Nachwuchs Sorge tragen. Eine Rechenanlage eigener Produktion benötigt 20 Hochschul- und Fachschulkräfte, weiterhin wird die gleiche Anzahl von technischen Fachkräften mit Spezialausbildung für den Betrieb einer Anlage erforderlich sein.

## Eindrücke von der Reise in die UdSSR

Im November 1966 hat der Deutsche Gewerkschaftsbund eine erste Studiendlegation in die Sowjetunion entsandt. Ihr gehörten die Mitglieder des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes Reuter und Stephan an, ferner die Gewerkschaftsvorsitzenden Gefeller (Chemie - Papier - Karamik), Voter (Holz) und Vietheer (Handel-Banken-Versicherungen) sowie die Gewerkschaftsredakteure Helbing („Die Quelle“) und Stoltz („druck und papier“). Der DGB-Bundesvorstand hat seinerseits eine sowjetische Gewerkschaftsabordnung zu einem Gegenbesuch in die Bundesrepublik eingeladen, der gegenwärtig vorbereitet wird; ebenso hat Wilhelm Gefeller eine Delegation der sowjetischen Chemie-Gewerkschaft zu einem Besuch der Bundesrepublik eingeladen. Seit ihrer Rückkehr haben die Delegationsmitglieder des DGB in verschiedenen Zeitungen ihre Eindrücke geschildert und durchweg die Nützlichkeit solcher Kontakte unterstrichen. Wie aus diesen Berichten zu erssehen ist, hat bereits die erste Begegnung mit der sozialistischen Wirklichkeit genügt, um eine Reihe von Vorurteilen und Fehleinschätzungen zu korrigieren. Im Folgenden bringen wir einige Auszüge aus solchen Artikeln und Stellungnahmen.

### Gute Einrichtungen und Errungenschaften

„Als erste Bilanz dieser Reise muß festgehalten werden, daß in den letzten Jahren – bei allen Mängeln, die bei dieser Reise auch festgestellt werden konnten und noch bestehen – ungeheuer viel geleistet und erreicht werden konnte. Und sicherlich wird man in den kommenden Jahren noch manche überraschende Meldung in wirtschaftlicher Beziehung aus der Sowjetunion zu registrieren haben. – Meine Kollegen und ich sind mit der Überzeugung nach Hause gefahren, daß es sich lohnt, solche Begegnungen durchzuführen. Objektivität ist dabei von beiden Seiten aus die Grundvoraussetzung.“

Man darf weder mit Vorurteilen und vorgefaßten Meinungen eine solche Reise antreten, noch darf man sich durch die bestehende Unterschiedlichkeit der Systeme davon abhalten lassen, gute Einrichtungen und Errungenschaften, die der andere hat, anzuerkennen und, wenn Möglichkeiten dazu bestehen, für die eigene Arbeit zu übernehmen – Man hat sich in der Sowjetunion über unser Lob gefreut, man hat unsere offene Kritik geschätzt und akzeptiert. Wir haben viele führende Persönlichkeiten der sowjetischen Gewerkschaften kennengelernt und festgestellt, daß sie gleich uns eine echte Begegnung suchen und zu schätzen wissen. Ich hoffe, daß der Gegenbesuch der Delegation des Zentralkomitees der sowjetischen Gewerkschaften genausogut verlaufen wird wie der Besuch der deutschen Gewerkschafter in ihrem Lande.“

(Günther Stephan in „Westfälische Rundschau“, 13. 12. 1966)

### Vorurteile werden abgebaut

Ich halte die Kontakte mit der Sowjetunion – und hier speziell mit den sowjetischen Gewerkschaften – nicht nur für nützlich, sondern auch für unbedingt wichtig. Zunächst einmal ist den Delegationen von und nach drübigen Gelegenheit gegeben, eine Reihe scheinbar zentralisierter Vorurteile abzubauen; denn mit zum Teil antiquierten Vorurteilen kann man keine Politik der Völkerverständigung und -versöhnung betreiben.“

„Die Besuche sollen auch auf andere Ostblockländer ausgedehnt werden, und es ist eine Selbstverständlichkeit, daß unsere Besuche noch drübigen auch entsprechenden Delegationen in die Bundesrepublik erwidert werden; denn auch drübigen ist man bei unseren Lebensbedingungen und Gesellschaftlichen Einrichtungen kennenzulernen. Dazu möchte ich gleich merken, daß ich von unserem Hauptverband festgestellt war, eine Delegation der sowjetischen Chemie- und Petroleumarbeiter-Gewerkschaft einzuladen. Das habe ich gelan, und wir können mit dem Besuch im Monat Mai 1967 rechnen. Dieses ist dann eine direkte Begegnung von Fachgewerkschaften. Wir rechnen damit, daß eine Delegation aus unserem Organisationsbereich noch im nächsten Jahr den sowjetischen Besuch erwidert. Was Einladungen nach anderen Ostblockländern – z. B. CSSR und Polen – betrifft, so werden wir dazu in der Januar-Sitzung des Hauptvorstandes Stellung nehmen. Es ist damit zu rechnen, daß auch hier eine ähnliche Kontakttaufnahme erfolgt.“

„Wir können die Begegnungen zwischen den Gewerkschaften intensivieren und im politischen Raum dafür eintreten, daß auch auf Regierungsniveau

ebene eine Entspannungspolitik mit all den notwendigen Konsultations- und diplomatischen Beziehungen angepackt wird.“

(Aus einem Interview Wilhelm Gefellers mit der „Gewerkschaftspost“, Januar-Nr. 1967.)

### Echte Gewerkschaftsarbeit

„Es gibt auch in der sowjetischen Wirtschaft aller Ideologie zum Trotz, Interessengesetze zwischen den Beschäftigten und den Werkleitungen, und hier werden die Betriebsgewerkschaften, aber auch die übergeordneten gewerkschaftlichen Organe, durchaus gewerkschaftlich in unserem Sinne tätig. Angehörige einer Werkleitung, die das Vertrauen der Betriebsgewerkschaften und damit der Belegschaft (die die Gewerkschaftsgruppe wählt) verloren haben, müssen entlassen werden.“

Dies ist eine Regierungsverordnung aus der Zeit nach Stalin. Die Gewerkschaften wirken ferner mit an der Aufstellung der Arbeitsnormen und der betrieblichen Produktions- und Investitionspläne. Ihr Zentralrat hat auf höchster Ebene einen durchaus ernst zu nehmenden Einfluß auf die Gestaltung der staatlichen Fünfjahrespläne, aber auch auf das Sozialrecht und das Arbeitsrecht, in diesen Bereichen kann durchaus von einer echten Milbestimmung gesprochen werden.“

(Eugen Stoltz in „druck und papier“, Nr. 26/1966.)

### Die Begegnungen fortsetzen

„Die Gewerkschaften sind mit unseren Gewerkschaften nicht zu vergleichen. Was bei uns der Betriebsrat ist, stellt in der Sowjetunion die Betriebsgewerkschaftsleitung dar. Die Betriebsgewerkschaftsleitung wird durch die Gewerkschaftsmitglieder im Betrieb gewählt. Bei einer bestimmten Betriebsgröße – man spricht von 700 Arbeitnehmern – wird der Vorsitzende der Betriebsgewerkschaftsleitung freigestellt und wird somit aus der Gehaltsliste des Betriebes herausgenommen. Seine Bezahlung übernimmt dann die Gewerkschaft. In der Regel bezieht der Vorsitzende der Betriebsgewerkschaftsleitung, zumindest bei größeren Betrieben, 75 Prozent des Gehaltes eines Direktors. Der Einfluß der Betriebsgewerkschaftsleitung auf den Betrieb ist außerordentlich groß. Seine Hauptaufgabe besteht jedoch in der Erfüllung der Pläne und in der Erhöhung der Produktion. Selbstverständlich zieht die Betriebsgewerkschaftsleitung auch auf die Einhaltung der Schutzbestimmungen für die Beschäftigten, Tarifverträge gibt es nicht, da die Löhne, wie bereits gesagt, vom Staat festgelegt sind ...“

Ich halte den Gedankenaustausch zwischen den Gewerkschaften in der Sowjetunion und der Bundesrepublik für fruchtbar. Aus diesem Grunde sollten die Begegnungen fortgesetzt werden. Hierbei ist davon auszugehen, daß die politischen Systeme nicht miteinander austauschbar sind, und es sollte kein Zeitalter darüber gelassen werden, daß wir die kommunistische Herrschaftssysteme ablehnen. Es ist auch festzustellen, daß die Aufgaben der Gewerkschaften beider Länder keinen Vergleich zulassen und daß wir in der Bundesrepublik keine Gewerkschaftsbewegung wünschen, die unter der Obhut und Aufsicht einer Partei steht.“

(Heinz Vietheer in „Ausblick“, Januar-Nr. 1967.)

### Keine Zwangsorganisation



„Eines wird jedem Besucher sehr schnell klar: die Tätigkeit der Gewerkschaften in der Bundesrepublik und in der Sowjetunion ist nicht vergleichbar, weil die politischen Systeme nicht zu vergleichen sind. Im Rahmen des sowjetischen Gesellschaftssystems haben die Gewerkschaften in den Betrieben weitreichende Milbestimmungsrechte. Praktisch sind ohne sie keine Entscheidungen möglich. Als Gegenleistung wird dafür von ihnen verlangt, als ein Organ der Staatsführung die ökonomischen Pläne durchzusetzen. Sie sind für die Produktion und die Produktivität verantwortlich. Und der Steigerung der Produktion und der Produktivität werden alle anderen Überlegungen untergeordnet. Die sowjetischen Gewerkschaften sind keine Zwangsorganisationen, die Mitgliedschaft ist freiwillig. Die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft ist jedoch für die Arbeitnehmer selbstverständlich, nicht zuletzt deshalb, weil die Gewerkschaften über die Einrichtungen der Sozialversicherung verfügen und ihren Mitgliedern handfeste materielle Vorteile bieten können. Für die Bevölkerung hat dieses System seit Kriegsende einen ständig steigenden Lebensstandard gebracht. Die rund 80 Millionen Berufstätigen – darunter 50 Millionen Frauen – rechnen damit, daß diese Entwicklung anhält.“

(Horst Helbing in „Welt der Arbeit“, 2. 12. 1966.)

### Nicht die letzten kalten Krieger sein



Dieser Reise waren harähnliche Diskussionen, die sich über einen längeren Zeitraum hinzogen, vorausgegangen. Wenn die Befürworter der Ostkontakte schließlich die Mehrheit des Bundesvorstands für sich zu gewinnen wußten, dann wohl allein deshalb, weil die Spannung zwischen den beiden westeuropäischen Machtkräften sich merklich verringert hatte. Die westdeutschen Gewerkschaften, die lange zögerten, ehe sie den Beschuß zu Kontakttaufnahme faßen, konnten auf einer Reihe von befriedenden Gewerkschaften (IBFG) hinweisen, die seit Jahr und Tag Besucherdelegationen mit den Ostblock-Ländern austauschten. Die im DGB vereinigten Gewerkschaften hatten keine Veranlassung, das Odium, die letzten kalten Krieger sein zu wollen, auf sich sitzen zu lassen. Wie man hört, sollen die Besuche, die ausschließlich nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit vereinbart werden, auch auf andere Länder, nicht aber auf die DDR, ausgedehnt werden. Von diesem Besucher austausch sollte niemand Wunder erwarten. Sie werden genauso ausbleiben wie bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik zu Rumänien oder der Tschechoslowakei. Die Gewerkschaften können die dortigen Verhältnisse nicht ändern. Sie könnten günstigenfalls das Klima, von dem, wie wir wissen, viel abhängen kann, verbessern helfen. Und wenn es nur dies wäre, so hätten die Ostkontakte sich schon gelohnt.“

(Aus einem Kommentar in „Deutsche Post“, zweites Januar-Heft 1967.)

### Endlich Friedenspolitik betreiben

„Die sowjetischen Gewerkschaften nehmen eine andere Stellung ein als die Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. In der Bundesrepublik haben wir immer noch ein kapitalistisches System, und die Gewerkschaften haben dort einen harlen Kampf zu führen, damit der Arbeiter seinen Lohn für seine Arbeit bekommt, damit er seinen Urlaub bekommt, damit er der sozialen Leistungen teilhabig wird, und ich glaube, daß wir in der Bundesrepublik diesbezüglich auch viel erreicht haben ...“

Die Arbeiter der beiden Länder, der Sowjetunion und der Bundesrepublik, sind doch letztlich diejenigen, die unter den zwei großen Weltkriegen am stärksten gelitten haben. Und weil das so ist, glaube ich, sollten wir von Mensch zu Mensch und von Volk zu Volk sprechen, um imperialistische Tendenzen, die in der Politik leider immer noch eine Rolle spielen, abzubauen und endlich zu einem Frieden für alle Menschen zu kommen ...“

(Waldemar Reuter, Leiter der DGB-Delegation, am Schluß der Reise zu einem Korrespondenten der sowjetischen Nachrichtenagentur APN.)

# USA spüren den Vietnamkrieg

## ■ 22. Februar

Gewerkschaftstag 1967 der IG Bergbau und Energie in Bonn.

## ■ 31. März

Lohn- und Gehaltstarifverträge für 1,7 Millionen Arbeiter und Angestellte im Bauhauptgewerbe kündbar.

## ■ 31. Mai

Tarifverträge für 40000 Beschäftigte der Eisen- und Stahlindustrie im Saargebiet kündbar.

## ■ 30. Juni

Lohn- und Gehaltstarifverträge für rund 3,8 Millionen Beschäftigte in der metallverarbeitenden Industrie der Bundesrepublik kündbar, in Bayern zum 30. September.

## ■ 31. Juli

Lohn- und Gehaltstarifverträge für über 2 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst, bei Bundesbahn und Bundespost kündbar.

## ■ 31. August

Tarifverträge für über 200 000 Beschäftigte im graphischen Gewerbe kündbar.

## ■ 30.-31. Oktober

Außerordentlicher Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik zu Satzungsfragen in Hannover

## Gewerkschaft Leder kündigt Tarife

Die Gewerkschaft Leder hat nach zweitägigen Beratungen der Tarifkommission beschlossen, die am 28. Februar ablaufenden Lohn- und Gehaltstarifverträge für die rund 95 000 Beschäftigten in der Schuhindustrie zu kündigen. Hinsichtlich der Lohnerhöhungen wurden, wie die Gewerkschaft erklärte, noch keine konkreten Forderungen aufgestellt.

## Zu guter Letzt:

Bundespräsident Lübke hat es für richtig gehalten, der Verleihung eines französischen Ordens an Frau Prof. Klara Faßbinder, den sie für ihre Claudel-Ubersetzungen von der französischen Regierung bekommen sollte, seine Zustimmung zu verweigern.

Zu gleicher Zeit wurde dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Badischen Anilin- und Sodafabriken, Prof. Wurster, einem ehemaligen Wehrwirtschaftsführer Hitlers und Träger des Ritterkreuzes zum Kriegsdienstkreuz, in Mannheim der Schiller-Preis verliehen.

Und da wundern wir uns, daß das Ausland uns noch immer nicht glaubt, daß wir über den intelligentesten Präsidenten verfügen und die Vergangenheit bewußtigkt haben.

Nach einer Mitteilung der deutsch-amerikanischen Handelskammer haben die USA 1966 für rund 1,85 Milliarden Dollar Waren aus der Bundesrepublik eingeführt. Das entspricht gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung um 29 Prozent. Demgegenüber belief sich die Ausfuhr von Waren von den USA in die Bundesrepublik auf rund 2,3 Milliarden Dollar. Damit erzielten die USA einen Exportüberschuß von 450 Millionen Dollar.

Ob der Anstieg der Wareneinfuhr der Bundesrepublik in die USA auch in diesem Jahr anhalten wird, muß nach der jüngsten Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft bezweifelt werden. Zu Beginn dieses Jahres sind gefährliche Dämpfungserscheinungen in den USA zu erkennen, und der Automobilabsatz hat sich in den ersten Wochen des neuen Jahres gegenüber der ver-

lars entspricht in den USA etwa dem Wert von zwei DM. Die angeblich reichste Nation der Welt zählt danach in ihrer Gesellschaft 34 Millionen Menschen, die in Armut leben.

Die Kongreß-Botschaft des Präsidenten hat keinen Zweifel daran gelassen, daß die Periode wirtschaftspolitischer Unstabilität in den USA weiter anhalten wird und es keine Anzeichen dafür gibt, daß die US-Wirtschaft einen baldigen Aufschwung erleben wird. -eg-

## „Machtstrukturen des heutigen Kapitalismus“

Unter diesem Thema veranstaltet die Zeitschrift „Marxistische Blätter“ in der Zeit vom 7. bis 9. April 1967 in Frankfurt a.M. eine Wissenschaftliche Tagung. Die Konferenz will grundlegende Fragen des gegenwärtigen Kapitalismus aus marxistischer Sicht erörtern und Alternativen vorschlagen. An der Arbeit der Konferenz werden sich bekannte marxistische Wissenschaftler aus Frankreich, Italien, Österreich, der UdSSR, England, der DDR sowie aus anderen europäischen Ländern beteiligen.

Das Programm der Tagung sieht drei Hauptreferate vor: Prof. Dr. Maurice Dobb, Cambridge: „Wirtschaftswachstum und Produktionsverhältnisse des heutigen Kapitalismus“; Prof. Dr. Dieter Klein, Berlin/DDR: „Konzerne, Unternehmerverbände und Staat“; Dr. Heinz Schäfer, Darmstadt: „Staatliche Wirtschafts- und Konjunkturpolitik und Alternativen der Arbeiterbewegung“.

Die Teilnahme an der Konferenz empfiehlt sich nicht nur für Wissenschaftler, sondern auch für Journalisten, Gewerkschaftsfunktionäre, Betriebsräte, Studenten und andere Persönlichkeiten, die an der Klärung von Grundfragen unserer Zeit interessiert sind. Zur Deckung der Unterkosten wird ein Teilnehmerbeitrag von 10 DM (für Studenten 5 DM) erhoben.

Für Spenden auf das  
Postcheckkonto Stuttgart 960 19  
verbindlichsten Dank!

Die beste Unterstützung der  
NACHRICHTEN  
ist ein Abonnement!

gleichbaren Vorjahreszeit um 25 Prozent verringert. Eine nachhaltige Dämpfung der Bau- und Automobilindustrie wird sich nach Meinung vieler amerikanischer Fachleute sehr schnell auf die Stahlindustrie und andere Wirtschaftszweige ausdehnen. Allerdings rechnen Wirtschaftswissenschaftler in den USA für das Jahr 1967 noch einmal mit einem Wachstum von 4 Prozent.

Es ist offensichtlich, daß die wachsenden Ausgaben für den unmoralischen Krieg der Amerikaner in Vietnam immer stärkere Folgen für die US-Wirtschaft haben. Das zeigt sich nicht zuletzt an der 6-prozentigen Erhöhung der Einkommen- und Körperschaftssteuer, mit der die amerikanische Regierung die Bevölkerung neu belasten will. Während aber noch vor einem Jahr Steuererhöhungen in den USA ohne größere Schwierigkeiten zu verkraften gewesen wären, werfen sie heute, nach Abkühlung der Konjunktur und schwächer werdender privater Nachfrage, gefährliche Probleme auf. Jedenfalls deutet sich schon jetzt an, daß der mit viel Propaganda von Präsident Johnson verkündete Plan der „Großen Gesellschaft“ infolge des Vietnamkrieges nicht verwirklicht werden kann. Was das aber heißt, kann man nur ermessen, wenn man weiß, daß jeder fünfte US-Bürger nach der amtlichen Statistik weniger als zwei Dollar pro Tag verdient. Die Binnenkaufkraft des Dol-

# nachrichten

Die NACHRICHTEN erscheinen einmal im Monat. Herausgeber: Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Erlengweg 3/9. Telefon 3638 Postcheckkonto Stuttgart 960 19. Redaktionelle Mitarbeiter: Gerd Siebert, Hamburg. Für den Inhalt der Briefe kann keine Verantwortung übernommen werden. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Druck: Max Kritsteller, 2 Hamburg 50. Winterstraße 9-11. Einzelheft 0,75 DM; Halbjahres-Abonnement 15,00 DM plus 0,90 DM Zustellgebühr. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.